

Protokoll 1/2020

Grosser Gemeinderat von Zug

**Sitzung vom Dienstag, 21. Januar 2020, 17:00 – 19:15 Uhr, Kantonsratssaal,
Regierungsgebäude, Zug**

Vorsitz: Ratspräsident Bruno Zimmermann

Protokoll: Markus Grüter, Protokollführer

Begrüssung, Entschuldigungen und Traktandenliste

Ratspräsident Bruno Zimmermann eröffnet die 1. Sitzung des Grossen Gemeinderats in diesem Jahr und begrüsst nebst den Mitgliedern des Grossen Gemeinderats und des Stadtrats auch die Vertreter der Zuger Lokalmedien sowie vereinzelte Gäste.

Für die heutige Sitzung entschuldigt haben sich die Ratsmitglieder Corina Kremmel, Ignaz Voser, Benny Elsener, Etienne Schumpf und Jérôme Peter; die übrigen 35 Mitglieder des Grossen Gemeinderats sind anwesend.

Später erschienen: Jürg Messmer (17:10 Uhr)

Ratspräsident Bruno Zimmermann stellt fest, dass der Rat beschlussfähig ist.

Der Stadtrat ist vollzählig zugegen.

Traktandenliste

1. Genehmigung der Traktandenliste und des Protokolls Nr. 11 vom 10. Dezember 2019
2. Vereidigung
3. Eingänge parlamentarische Vorstösse und Eingaben
4. Überweisung
Motion der SVP-Fraktion vom 27. Dezember 2019: „Für eine transparente, grosszügige, sport-und jugend freundliche Politik der Stadt Zug!“
5. Schulanlagen: Kenntnisnahme Schulraumplanungsbericht "Analyse und Handlungsbedarf"
Bericht des Stadtrats Nr. 2562 vom 19. November 2019
6. Interpellation der glp-Fraktion vom 7. Mai 2019 betreffend Schulhausplanung
Antwort des Stadtrats Nr. 2563 vom 19. November 2019
7. Interpellation der SVP-Fraktion vom 20. Mai 2019 zur Eröffnung der neuen Stadtverwaltung im LG22 – Sommer 2019"
Antwort des Stadtrats Nr. 2566 vom 17. Dezember 2019
8. Motion der FDP-Fraktion vom 24. Juli 2012: "Folgekosten des Verwaltungsumzugs im Griff behalten"
Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2565 vom 17. Dezember 2019
9. Mitteilungen

1. Genehmigung der Traktandenliste und des Protokolls Nr. 11 vom 10. Dezember 2019

Zur Traktandenliste:

Das Wort wird nicht verlangt.

Ergebnis:

Ratspräsident Bruno Zimmermann stellt fest, dass keine Änderungsanträge vorliegen. Die Traktandenliste gilt somit als stillschweigend genehmigt.

Zum Protokoll:

Das Wort wird nicht verlangt.

Ergebnis:

Ratspräsident Bruno Zimmermann stellt fest, dass keine Berichtigungen eingegangen sind und demnach das Protokoll stillschweigend genehmigt ist.

2. Vereidigung

Bruno Zimmermann, Ratspräsident

Mit Schreiben vom 8. Dezember 2019, hat Frau Gemeinderätin Barbara Müller Hoteit ihren Rücktritt per 31. Dezember 2019 bekannt gegeben. Es gilt nun, den vakanten Sitz wieder zu besetzen. Frau Christina Gut hat sich bereit erklärt, ab 1. Januar 2020 für den Grossen Gemeinderat in der Legislatur 2019 bis 2022 tätig zu sein. Damit das Neumitglied Christina Gut berechtigt ist, an den Verhandlungen des Grossen Gemeinderats teilzunehmen, muss Sie den Eid oder das Gelöbnis leisten. Frau Christina Gut hat sich für das Gelöbnis entschieden.

Ratspräsident Bruno Zimmermann bittet Frau **Christina Gut**, nach vorne zu kommen.

Stadtschreiber Martin Würmli liest **Christina Gut** die Gelöbnisformel vor. Diese legt das Gelöbnis mit den Worten «Ich gelobe es» ab.

Stadtschreiber Martin Würmli wünscht **Christina Gut** alles Gute und viel Vergnügen bei ihrer Arbeit im Grossen Gemeinderat der Stadt Zug.

Der Rat applaudiert.

Bruno Zimmermann, Ratspräsident

Frau Gemeinderätin Christina Gut, Sie sind ab sofort berechtigt, an den Verhandlungen und Abstimmungen des Grossen Gemeinderats teilzunehmen. Ich wünsche Ihnen im Namen des Grossen Gemeinderats dazu viel Befriedigung und Freude und heisse Sie im Rat herzlich willkommen.

3. Eingänge parlamentarische Vorstösse und Eingaben

Motion der SVP-Fraktion vom 27. Dezember 2019: „Für eine transparente, grosszügige, sport- und jugend freundliche Politik der Stadt Zug!“

Warum haben wir eigentlich, neben allen anderen zahlreichen Kommissionen, keine städtische Sportkommission? Wir alle wollen doch ein erfolgreiches, starkes lokales Stadtzuger Sportwesen, auf Vereinsstrukturen mit Milizcharakter basierend, welches von der städtischen Verwaltung unabhängig in den Sport investiert und diesen finanzielle unterstützt. Vorallem sollen alle jugendlichen Sportler breit gefördert und unterstützt werden.

Motionstext:

„Der Stadtrat wird hiermit aufgefordert eine Vorlage mit Bericht und Antrag auszuarbeiten, welche eine (neu zu bildende) städtische Sportkommission beinhaltet. Die Mitglieder sollen durch den Grossen Gemeinderat der Stadt Zug (GGR) gewählt werden. Die neue Kommission soll mindestens 7 maximal 11 Personen (BPK-Modell) umfassen. So soll mindestens ein jeweiliges Mitglied der neuen Kommission jeder im GGR vertretenen Fraktion zustehen. Alle Fraktionen im GGR sollen somit zukünftig mindestens ein „sportafines“ Parteimitglied oder eine andere möglichst sportvereinsunabhängige Person zur Wahl vorschlagen können, um eine verwaltungsunabhängige, sportfreundliche Kommission zu bilden, die dem Breitensport in der Stadt Zug dient. Es dürfen auch Auszeichnungen, Ehrungen und Preise durch diese Kommission vergeben werden.

Begründung:

Der Kanton verfügt seit vielen Jahren über eine respektierte, verwaltungsunabhängige und erfolgreich tätige Sportkommission. Kürzlich hat der Kantonsrat übrigens deren Aufhebung (auf einen Antrag der Regierung hin) dezidiert abgelehnt. Die Kosten der kantonalen Sportkommission belaufen sich jährlich auf rund CHF 5'000.-. Im bewilligten städtischen Budget für das Jahr 2020 sind für den Sportbereich (KST. 3710 Budget, Seite 50) insgesamt CHF 1'255'700.- eingestellt. Davon sind der jährliche Beitrag „für sportliche Bestrebungen“ mit CHF 100'000.- und die „Unterstützung der städtischen Sportvereine“ mit CHF 327'000.- enthalten. Dies entspricht von der Grössenordnung her durchaus den Beträgen der städtischen Kulturkommission (CHF 310'000.- + CHF 162'200.-), welche ebenfalls über eine eigene Kommission verfügt, die allerdings nur beratenden Charakter haben sollte. Die neue städt. Sportkommission soll selber Fördergelder an Veranstalter und Vereine sprechen können. Vielleicht auch Auszeichnungen und Preise an Einzelpersonen, Mannschaften oder Vereine vergeben können, z.B. eine „Sportlerschärpe“. Weitere Erläuterungen zum Thema Sport sind im Jahresbericht 2018 der Stadt Zug, Seite 85, Abschnitt zur Sportförderung zu finden. Zitat „Es gibt 81 Stadtzuger Sportvereine, welchen 2018 CHF 169'980.- ausbezahlt wurden und zusätzlich noch CHF 85'400.- für deren Sportveranstaltungen“. Im Weiteren sei an dieser Stelle festgehalten, dass das Sportamt der Stadt Zug aus Sicht der SVP Fraktion, soweit wir Einblick von aussen haben, sehr gut mit den Sportvereinen von Zug zusammen arbeitet und ihre bisherige Aufgabe gut wahrnimmt. Darum sollte zukünftig der Leiter des Sportamtes an den Sitzungen der Sportkommission mit beratender Stimme teilnehmen.

Wir danken für die gute Aufnahme unserer Motion im GGR und verbleiben mit freundlichen Grüssen

Ergebnis

Die Motion ist an der heutigen Sitzung unter Traktandum 4 zur Überweisung traktandiert.

Interpellation Stefan Huber und Daniel Marti, beide glp, vom 6. Januar 2020: "Niedrige Rohstoffpreise: Drohen in der Stadt Zug auch bald Gebühren fürs Recycling?"

Aufgrund der niedrigen Rohstoffpreise und der schwierigen Absatzsituation für Recyclinggüter, insbesondere Altkarton, haben bereits mehrere Gemeinden damit begonnen Recycling-Gebühren zu erheben.¹ Eine Erholung der Situation am Recyclingmarkt ist leider nicht abzusehen. In der Stadt Zug wird die Abfallbewirtschaftung durch die ZEBA organisiert. Gemäss Leitbild wurde die ZEBA 1955 gegründet, damit in Zukunft möglichst wenig Abfall verbrannt und möglichst viele Abfallwertstoffe wiederverwertet werden. Die Stadt Zug ist Mitglied der Delegiertenversammlung und des Verwaltungsrates der ZEBA. Aus diesen Umständen ergeben sich folgende Fragen, die sich an die ZEBA bzw. an die VertreterInnen des Stadtrates richten:

1. Sind dem Stadtrat Pläne bekannt, die in absehbarer Zukunft eine mögliche Gebührenerhebung für das Recycling von Altkarton oder anderen Fraktionen durch die ZEBA vorsehen?
2. Welche Entwicklungen könnten zu einer künftigen Erhebung von Recycling-Gebühren durch die ZEBA für bestimmte Fraktionen führen?
3. Gibt es neben der Erhebung von Gebühren noch andere Strategien, die denkbar sind um den Entwicklungen am Recyclingmarkt zu begegnen?
4. Sinnvollerweise gilt in der Schweiz in der Abfallbewirtschaftung das Verursacherprinzip. Es ist jedoch vorstellbar, dass bei der Erhebung von Recycling-Gebühren viele Menschen wiederverwertbare Stoffe in den Müll werfen, um Gebühren zu sparen. Darin besteht ein gewisser Widerspruch hinsichtlich des erklärten Ziels der ZEBA möglichst wenig zu verbrennen und möglichst viel wiederzuverwerten. Wie beurteilt der Stadtrat den Interessenskonflikt zwischen Verursacherprinzip und Nachhaltigkeit? Mit welchen Massnahmen könnte er mögliche Folgen dieses Interessenskonfliktes auffangen?

Wir danken dem Stadtrat bereits jetzt bestens für seine Bemühungen und die schriftliche Beantwortung der Fragen.

Ergebnis

Die Interpellanten verlangen die schriftliche Beantwortung ihrer Fragen. Gemäss § 43 Abs. 2 hat der Stadtrat hierfür drei Monate Zeit.

¹ Quelle: «Jetzt kostet sogar die Karton-Entsorgung»: <https://t1p.de/nvic>

Interpellation der SVP-Fraktion vom 10. Januar 2020: „Freude herrschte in Zug“ – ein Rückblick – das ESAF 2019 in der Stadt Zug

Vom 23. August bis zum 25. August 2019 fand der grösste Anlass der je in unserer Stadt abgehalten wurde statt. Online ist unter www.schlussgang.ch (Stand 6.12.2019) Folgendes zu lesen: „103 Tage nach dem grössten Fest im Kanton Zug stellt OK-Präsident Heinz Tännler fest: «Das Eidgenössische 2019 war in jeder Hinsicht ein Erfolg, ein riesiger Erfolg für den Schwingsport und den ganzen Kanton Zug.» ...“ (Ende Zitat). – nnn

Das Fest soll rund 420'000 Besucher angezogen und diese für die Stadt Zug, für den Kanton Zug und für den nationalen Schwingsport begeistert haben. Das damit ausgelöste positive Medien-echo war für Zug geradezu sensationell. Der GGR bewilligte für diesen Anlass seinerzeit CHF 900'000.- Vorlage Nr. 2'477, Eidgenössisches Schwing- und Älplerfest 2019 in Zug; Verpflichtungskredit Bericht und Antrag des Stadtrats vom 13. März 2018 und Nr. 2477.1. GPK Bericht. Die Anträge lauteten dem Verein Eidgenössisches Schwing- und Älplerfest 2019 in Zug für die Ausrichtung des ESAF 2019 vom 23. bis 25. August 2019 folgende Beiträge zu bewilligen: a) Finanzbeitrag von CHF 300'000.00 (exkl. MwSt.), zahlbar per 1. Januar 2019 und b) Sachleistungen von CHF 600'000.00 (inkl. MwSt und allfälliger Nebenkosten) als Kostendach für die Verrechnung von städtischen Leistungen. Insgesamt also CHF 900'000.- Betrag der Stadt Zug (alle Zuger Gemeinden zusammen CHF 250'000.-).

Nach dem erfolgreichen Abschluss und mit einer gewissen zeitlichen Distanz zum Anlass selber, stellen wir dem Stadtrat folgende Fragen und danken für deren ausführliche Beantwortung aus Sicht der Stadt Zug:

1. Wie beurteilt der Stadtrat das ESAF 2019 insgesamt aus seiner städtischen Sicht? Wie war die Zusammenarbeit mit dem OK und der ESAF-Geschäftsstelle – insbesondere vorgängig, während des ausgedehnten Bewilligungsprozesses – ein OK-Mitglied trat im April 2019 vor Erteilung der städtischen Bewilligung unter öffentlichem Protest zurück.
2. Wurde nach Abschluss des Projektes ein städtischer „Schlussbericht“ zuhanden des gesamten Stadtrates und evtl. zuhanden der weiteren Öffentlichkeit erstellt? Wenn Ja, wann wird/wurde dieser Bericht veröffentlicht und wenn Nein, warum wurde auf die Erstellung eines solchen Berichtes verzichtet, oder wann erfolgt die Veröffentlichung noch?
3. Wieviele von den vereinbarten 3'400 Tickets durch die Einwohner von Zug tatsächlich bezogen, bzw. an die Einwohnerschaft verkauft? Wie wurde dieser Verkauf durch die Städtische Einwohnerkontrolle abgewickelt? Mussten dazu zusätzliche Mitarbeiter engagiert werden? Welche weiteren logistischen Herausforderungen waren dazu zu bewältigen?
4. Wie hoch wurden die vereinbarten Sachleistungen/Dienstleistungen der Stadt Zug, besonders des Werkhofs dem OK ESAF verrechnet? Im Antrag ging man von Leistungen von ca. CHF 558'400.- aus (siehe Abb. 3: Übersicht Sachleistungen (Stand: Februar 2018)).
5. Wie hat sich der Anlass in der Stadt, allenfalls in der Region konkret ausgewirkt (z.B. auf das Gewerbe, lokale Restaurants, Hotellerie inkl. Jugendherberge, Campingplatz, AirBnB etc.) Und wie auf das städtische Gewerbe mit Aufträgen (z.B. Catering, Baunebengewerbe etc.). Wie war die Wertschöpfung?

6. Im Vorfeld wurden immer wieder allfällige zukünftige „Störungen“ (Lärm, Abfall, Ordnung, Zufahrten etc.) des Herti-Quartiers thematisiert. Verständlicherweise vorallem seitens der Bewohner des dort betroffenen Stadtquartiers. Wie hoch waren die tatsächlichen Auswirkungen auf die dortige Quartierbevölkerung, auch bezüglich Festlärm in der Nacht? Wurden dazu Lärmmessungen vorgenommen? Wenn ja – mit welchen Auswirkungen, wurden Grenzwerte überschritten? Wenn ja – mit welchen die Folgen?

7. Auch „Danke“ sagen: Dieser Grossanlass wurde vor allem dank einem engagieren OK, unterstützt mit viele Helferinnen und Helfern („Chrampfer“) zum bereits erwähnten Erfolg erbracht, darunter auch einer engagierten Gruppe aus dem GGR (siehe Bild). In welcher Form hat sich der Stadtrat bei den Beteiligten bedankt, bzw. in welcher Form erfolgte eine Dankesmeldung an das OK ESAF, allenfalls direkt an die Geschäftsstelle? Wurde den engagierten Mitgliedern des GGR, den GGR-Chrampfern durch den Stadtrat zusätzlich direkt gedankt?

8. Welche Lehren zieht der Stadtrat aus den Erfahrungen dieses einmaligen Grossanlasses. Welche detaillierten Anordnungen (z.B. im Bereich Verkehr/Sicherheit usw.) haben sich in der Praxis als richtig und sinnvoll herausgestellt, welche Auflagen müsste man in einem ähnlichen grossen Anlass anders festlegen, - wo kann zukünftig auf frühere behördliche Anordnungen verzichtet werden?

9. Die Stadt Zug zahlt jeweils jährlich ca. CHF 90'000.- an Zug Tourismus (ohne 1. Augustfeier) – vergl. Budget 2020 Stadt Zug. In den letzten 10 Jahren zahlte die Stadt somit diesem Verein etwas mehr als der einmalige Beiträg für das ESAF 2019. Welche spezielle Vereinbarungen hat die Stadt Zug bezüglich dieses Anlasses mit Zug Tourismus getroffen, nachdem sie diesen Verein seit über zwei Jahrzehnten substantiell mitfinanziert. Welche Vorteile resultierten für die Stadt Zug aus ihrem langjährigen Engagement für die Marke Zug.

10. Freude herrschte in Zug 2019 am ESAF ...



Die Präsidenten von Bund, OK ESAF und dem Eidg. Schwingerverband freuts ...
.. die Stadträte und den Stadtrschreiber freuts ...und auch ...



... WIR, die ESAF-Chrampfer aus dem GGR freuen sich auch – „Freude über das ESAF herrschte überall“!

Wir danken dem Stadtrat für die Beantwortung unserer Fragen und weiterer Erläuterungen in diesem Zusammenhang.

Interessenbindung: Einzelne Mitglieder der SVP-Fraktion im GGR haben beim ESAF 2019 in verschiedenen Funktionen im OK, teilweise über mehrere Jahre, mitgearbeitet. Andere waren als ESAF-Chrampfer im Einsatz. Die Motivation hinter dieser Interpellation ist u.a. auch diejenige, dass in den nächsten Jahren evtl. weitere Grossanlässe, wenn auch deutlich kleiner als das ESAF, in der Stadt Zug geplant sind, darunter evtl. auch das Eidgenössische Jodlerfest 2023. <https://www.zentralplus.ch/erhaelt-zug-nach-dem-schwing-auch-noch-das-jodlerfest-852375/>

Zitate, Stand Sept. 2018: *„Ob das Jodlerfest in fünf Jahren tatsächlich nach Zug kommt, entscheiden die Delegierten des Eidgenössischen Jodlerverbandes im März 2020.“* Und weiter: *„Das Jodlerfest findet alle drei Jahre statt und dauert vier Tage. Dabei wetteifern die Besten in den Sparten Jodeln, Alphorn- und Büchelblasen sowie Fahنشwingen um die Gunst der Jury. Zu den Höhepunkten zählt auch der Festsonntag mit dem imposanten Umzug. Wie gross der Anlass ist, zeigen auch die Zahlen: Das Budget beträgt zwischen 5,5 und 6 Millionen Franken, erwartet werden 160'000 bis 180'000 Besucher.“*

Ergebnis

Die Interpellanten verlangen die schriftliche Beantwortung ihrer Fragen. Gemäss § 43 Abs. 2 hat der Stadtrat hierfür drei Monate Zeit.

Interpellation der FDP-Fraktion vom 16. Januar 2020: Nachhaltigkeit in der Stadt Zug

Am 25. September 2015 verabschiedete die Generalversammlung der UNO mit den Stimmen aller 193 Mitgliedstaaten die Agenda 2030 und damit die SDG (= Sustainable Development Goals = Nachhaltige Entwicklungsziele):

<https://www.eda.admin.ch/agenda2030/de/home/agenda-2030/die-17-ziele-fuer-eine-nachhaltige-entwicklung.html>

In den fünf Bereichen People (Menschen), Planet (Planet Erde), Prosperity (Wohlstand), Peace (Frieden) und Partnership (Partnerschaft) wurden 17 Ziele mit 169 Unterzielen festgelegt. Sie sind die To-Do-Liste der Menschheit für einen nachhaltigen Planeten und ein klarer Fahrplan für eine bessere Zukunft. Dazu sollen alle, auch die Stadt Zug mit der Politik, der Verwaltung und allen Einwohnerinnen und Einwohner beitragen.

Vor diesem Hintergrund stellen wir dem Stadtrat folgende Fragen:

1. Hat sich der Stadtrat bereits mit den SDG mit den 17 Zielen und 169 Unterzielen befasst und welche Haltung hat er diesbezüglich?
2. Welche Ziele wurden vom Stadtrat identifiziert, um im Zuständigkeitsbereich der Stadt Zug als erste verwirklicht zu werden und wie will er dies machen, bzw. welche Schritte wurden dazu bereits unternommen?
3. Wie könnte sich der Stadtrat eine Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden, auch schweizweit, vorstellen, um Ziele zu erreichen und voneinander zu lernen?

Wir bedanken uns für die Beantwortung unserer Fragen.

Ergebnis

Die Interpellanten verlangen die schriftliche Beantwortung ihrer Fragen. Gemäss § 43 Abs. 2 hat der Stadtrat hierfür drei Monate Zeit.

Interpellation der Fraktion Alternative – die Grünen/CSP vom 18. Januar 2020: Aufsicht über frühkindliche Kinderbetreuung insb. Globegarden

Ein gutes Angebot von frühkindlicher Kinderbetreuung anbieten zu können, ist wichtig für den Standortvorteil unserer Stadt. Wichtig für die Kinder, die Familien und den Ruf der Stadt ist zudem, dass diese Betreuung von hoher Qualität ist. Wie kürzlich aus der Presse² bekannt geworden ist, werden in einigen Kitas der Schweiz im Spannungsfeld Qualität und Kosten jedoch Entscheidungen gefällt, die stark negative Auswirkungen auf die Qualität der Betreuung sind, inklusive den entsprechenden negativen Auswirkungen auf die Kinder. Genannt wurden in der Presse in erster Linie Kitas der Globegarden-Kette, welche auch in der Stadt Zug drei Kitas betreiben (globegarden Metalli, globegarden Industriestrasse, globegarden Uptown). Hat sich auch in Zug die Politik in den vergangenen Jahren zu sehr darauf konzentriert, so viele Krippenplätze wie möglich zu schaffen, und dabei das Niveau der Kinderbetreuung vernachlässigt?

Wir haben deshalb folgende Fragen zur Krippenaufsicht in Zug und im thematischen Zusammenhang mit frühkindlicher Kinderbetreuung anschliessend noch einige zu den ersten Erfahrungen mit Betreuungsgutscheinen.

1. Wie genau funktioniert die Krippenaufsicht in der Stadt Zug? Wie wird sichergestellt, dass die Qualität der angebotenen Kinderbetreuung garantiert werden kann, sowohl von Kitas, die anerkannt sind für Betreuungsgutscheine und solche, die es nicht sind? Macht die Stadt Zug auch angekündigte Kontrollen oder nur unangekündigte? Falls auch angekündigte: Was ist Sinn und Zweck von angekündigten Kontrollen? Werden die Erfahrungen von Eltern und Angestellten in die Qualitätskontrollen einbezogen?
2. Hat die Stadt Zug bei den hiesigen Globegarden-Kitas je von Unregelmässigkeiten gehört bzw. bei Kontrollen selber solche festgestellt? Haben die Presseberichte zu Unregelmässigkeiten bei Globegarden-Kitas in anderen Schweizer Städten dazu geführt, dass die Stadt Zug ihre Kontrolltätigkeit überprüft? Weshalb nicht bzw. in welcher Hinsicht?
3. Was passiert mit Kitas, welchen die Qualitätsansprüche nicht vollständig erfüllen? Mussten schon Kitas aus Qualitätsgründen geschlossen werden?
4. Wie können Eltern wissen, dass "ihre" Kita alle Qualitätsansprüche erfüllen? Wie einfach bzw. kompliziert ist es für sie, sich bei Fragen und Bedenken an den richtigen Ort zu wenden?
5. Hinsichtlich der wiederkehrenden Diskussionen um Verstaatlichung bzw. Privatisierung von Kinderbetreuung: Welche diesbezüglichen grundlegenden Überlegungen und Erfahrungen sind aus Sicht des Stadtrates zu machen?

Nun die Fragen mit den ersten Erfahrungen mit Betreuungsgutscheinen:

6. Wie beurteilt der Stadtrat die ersten Erfahrungen mit Betreuungsgutscheine und die Änderung der Subventionierungsmethode? Welche ersten Erkenntnisse konnten insbesondere festgestellt werden bezüglich der Entwicklung der Anzahl an Betreuungsplätzen und der Anzahl der Familien, die vom Angebot an subventionierten Kinderbetreuungsplätzen profitieren können (Anzahl, Einkommenskategorien, Chancengleichheit, Fachkräftemangel)?
7. Deckt das Angebot die Nachfrage, d.h. können genügend Betreuungsgutscheine in gewünschtem Mass ausgestellt werden mit den vom GGR gesprochenen Mitteln? Wie stehen die Prognosen für die nächsten paar Jahre?

² siehe u.a. die Recherche der Online Zeitung Republik zu Missständen in der Kinderbetreuungskette Globegarden <https://www.republik.ch/2019/12/18/die-firma>

Wir danken dem Stadtrat für die schriftliche Beantwortung unserer Fragen.

Ergebnis

Die Interpellanten verlangen die schriftliche Beantwortung ihrer Fragen. Gemäss § 43 Abs. 2 hat der Stadtrat hierfür drei Monate Zeit.

Kleine Anfrage der Fraktionen SVP und glp vom 20. Januar 2020: «Überstürzte Kommissionsbesetzung: Der richtige Weg um Vertrauen wiederherzustellen?»

Nach dem Bekanntwerden von Missständen in der Kulturförderung, gab das Stadtpräsidium am 28. November 2019 in einer Medienmitteilung den sofortigen Rücktritt der Hälfte der Kulturkommission bekannt. Die Stadt suche nun drei neue Mitglieder, welche das interessierte Publikum vertreten sollen. Potentielle BewerberInnen sollten sich per E-Mail bei der Kulturstelle melden. Zwei Wochen später überwies der Grosse Gemeinderat eine Motion zur Schaffung eines Reglements zur Kulturförderung einstimmig. Neben der Erarbeitung des Reglements, ist eine neue Kulturstrategie geplant. Zu alledem läuft gemäss Medienberichten seit Jahresbeginn eine interne und externe Prüfung der Kulturstelle. Die Fraktionen SVP und GLP haben Kenntnis davon, dass noch im laufenden Monat die drei neuen Kommissionsmitglieder bestimmt werden sollen. Angesichts der ausserordentlichen Vorkommnisse, der laufenden Prozesse und in Anbetracht der kurzen Zeit stellen sich folgende Fragen an den Stadtrat:

1. Abgesehen von der Medienmitteilung vom 28. November 2019 zu den Rücktritten in der Kulturkommission:
Wo wurde die Suche nach neuen Kommissionsmitgliedern ausgeschrieben?
2. Wie gestaltete sich das Bewerbungsverfahren? Stimmt es, dass die Bewerbungen nicht direkt an die Stadt gerichtet werden konnten, sondern auf eine externe Kulturvermittlungs-Plattform hochgeladen werden mussten? Was sind die Gründe dafür? Wie sieht die Stadt dies hinsichtlich des Datenschutzes?
3. Betrug das Zeitfenster für Bewerbungen tatsächlich weniger als zwei Monate inkl. Weihnachten und Neujahr? Wie viele Bewerbungen sind bis zum heutigen Datum eingegangen? Erachtet der Stadtrat die Anzahl und Qualität der Bewerbungen bereits als ausreichend? Warum?
4. Aufgrund welcher Kriterien werden die künftigen Kulturkommissionsmitglieder / Vertreter des Publikums ausgewählt? Wie stellt der Stadtrat sicher, dass auch unabhängige, konstruktive und kritische BewerberInnen eine Chance haben?
5. Neben der Ausarbeitung eines neuen Reglements zur Kulturförderung, der Neugestaltung der Kulturstrategie und der internen und externen Revision der Kulturstelle, möchte der Stadtrat innert kürzester Zeit die Hälfte der Kommission ersetzen. Ein denkbar ungünstiger Zeitpunkt um mit einer überstürzten Neubesetzung das Vertrauen wiederherzustellen.
Warum sieht dies der Stadtrat anders?
6. Wie sehen die nächsten Schritte aus bzw. wie gestaltet sich die Roadmap bezüglich der laufenden Prozesse (Kulturreglement, Kulturstrategie, Revision, Neubesetzung Kommission)?

Wir bedanken uns für die schriftliche Beantwortung unserer Fragen und verbleiben mit freundlichen Grüssen

Ergebnis

Die kleine Anfrage wird vom Stadtrat innert 30 Tagen beantwortet.

**4. Motion der SVP-Fraktion vom 27. Dezember 2019: „Für eine transparente, grosszügige, sport- und jugend freundliche Politik der Stadt Zug!“
Überweisung**

Alexander Eckenstein

Die FDP-Fraktion steht ein für einen schlanken Staat und eine effiziente Verwaltung. Auszubauen ist der Verwaltungsapparat grundsätzlich nur dann, wenn Missstände bestehen oder neue Aufgaben zu bewältigen sind.

Vor diesem Hintergrund hat die FDP-Fraktion im Mai 2019 dem Stadtrat ein Postulat mit dem Abklärungsauftrag unterbreitet, welche Kommissionen und Abordnungen abgeschafft werden könnten. Die vorliegende SVP-Motion zur Schaffung einer Sportkommission läuft den soeben erwähnten Motiven diametral entgegen.

Selbst die Motionäre anerkennen, dass die Sportförderung in der Stadt Zug ihre bisherige Aufgabe gut wahrnehme und die zuständigen Personen sehr gut mit den Sportvereinen von Zug zusammenarbeiten.

Die Stadt Zug verfügte von 2005 bis 2011 bereits über eine Sportkommission. Grund für deren Abschaffung war das vorhandene breite Fachwissen der Abteilung für Sport und die Tatsache, dass die fundierten gesetzlichen Grundlagen für die Sportförderung eine Sportkommission überflüssig machten. Diese Sportkommission nun quasi wieder als Kommission auf Vorrat einzurichten ist weder notwendig noch wirtschaftlich oder politisch angezeigt.

Daher beantrage ich für die FDP-Fraktion die Nichtüberweisung der Motion.

Christoph Iten

Gestern schafften wir Kommissionen ab, heute sollten wir wieder Kommissionen schaffen und morgen ... beginnen wir vielleicht wieder von vorne.

Die Motionäre wünschen die Prüfung mit Antrag einer Sportkommission in der Stadt Zug. Als Referenz wird die Sportkommission vom Kanton erwähnt.

Mit der Kommission soll mehr Transparenz und ein erfolgreiches, starkes lokales Stadtzuger Sportwesen geschaffen werden. Die neue Sportkommission soll zuständig sein für Investitionen in den Sport und Förderungen von Sportlern und Sportlerinnen sowie Auszeichnungen, Ehrungen und Preise vergeben.

Grundsätzlich bevorzugt die CVP eine umfassende Beurteilung der Kommissionen. Generell zum Thema Kommissionen stellen sich diverse Fragen. In der Regel soll eine Kommission über einen beratenden Charakter verfügen, zuhanden Stadtrat oder GGR. Auch das Postulat der FDP ist noch hängig, welches eine Prüfung von notwendigen und nicht notwendigen Kommissionen behandeln soll.

Auf diese Motion haben wir grundsätzlich nicht gewartet. Der Zeitpunkt und die Art sind nicht optimal gewählt.

Aber: Im Zweifel ist die CVP für die Überweisung von Geschäften. So kann dann beim Bericht des Stadtrats inhaltlich darüber diskutiert werden.

In diesem Sinne wird die CVP-Fraktion der Überweisung der Motion zustimmen.

Stefan W. Huber

Die glp-Fraktion bittet Sie, die Motion zu überweisen, und zwar aus dem Grund, weil eine Kommission immer eine Demokratisierung eines Entscheids bedeutet – natürlich nur, wenn die Kommission über einen korrekten Weg gewählt wird und wenn die Kommission transparent handelt und entscheidet bzw. Empfehlungen gibt.

Die FDP hat durchaus recht, wenn sie sagt, dass diese Legislatur unter dem Damoklesschwert der Kommissionsabschaffung hängt. Natürlich, aber wir argumentieren ja nicht mit Trends, sondern mit der Sache. Und in dieser Sache muss man einfach sagen, dass Sportförderung und Kulturförderung auf ein sehr breites politisches Interesse in der Bevölkerung stossen. Und in einer Zeit, in der die Bevölkerung immer mehr das Interesse an Politik verliert, der Politik immer mehr misstraut, ist eine Demokratisierung der Sportförderung durchaus angebracht.

Lassen Sie mich noch eine kleine Anmerkung an die FDP-Fraktion richten: Würde die FDP gleich handeln bei der Kultur? Wer weiss ...

Auf jeden Fall ist die Kultur, wie man weiss, mit gewissen Interessenverbindungen seitens der FDP verhandelt.

Auf jeden Fall ist Transparenz sicher angebracht, aber ansonsten spricht überhaupt nichts gegen eine Demokratisierung der Sportförderung. Sie stösst auf breites Interesse in der Bevölkerung und es wird sicher kein Problem sein, das Interesse entsprechender Leute zu wecken, die sich dafür bewerben. Stadträtin Vroni Straub macht sicher einen tollen Job. Und ich bin sicher, dass sie insgeheim auch froh ist, wenn sie Inputs aus der breiten Bevölkerung erhält.

Darum empfiehlt die glp-Fraktion die Überweisung der Motion.

Monika Mathers

Wir von der Fraktion Alternative-CSP sind grossmehrheitlich für die Nichtüberweisung der Motion.

Ich möchte Ihnen gerne erklären, was unsere Gedanken dazu sind: Das Sportwesen ist in der Stadt Zug sehr reguliert. Zum Beispiel sind alle Trainingsanlagen a priori gratis. Die Vereine können überall gratis trainieren. Zweitens erhalten die Vereine für alle Jugendlichen eine spezielle Unterstützung – pro Jugendlichen gibt es einen Beitrag. Es ist also sehr klar geregelt, wer was bekommt und wer nichts bekommt.

Ich möchte auch auf das Beispiel Kultur zu sprechen kommen, das Stefan Huber soeben ausgeführt hat: Bei der Kultur ist es anders. Wir keinen Verein der Musikschaaffenden oder einen Verein der Skulpturschaaffenden, der dann als Verein etwas erhalten kann wie bei einem Sportverein. Da muss für jedes einzelne Projekt eine Gruppe Entscheide fällen. Beim Sport ist das ein bisschen anders, da die meisten Sportler in Vereinen organisiert sind – zumindest jene, die Geld wollen.

Philip C. Brunner

Ich bin jetzt ein bisschen in Erklärungsnot, weil ich glaube, auch die letzte Rednerin hat nicht ganz verstanden, worum es uns eigentlich geht.

Ich muss ausholen: Wir hatten eine Sportkommission, das wurde erwähnt. Diese wurde aufgelöst, allerdings in einem komplett anderen Kontext. Die Stadt hatte im August/September 2010 gerade ein Stadion für CHF 62 Mio. abgeschlossen und eingeweiht. Und Anfang 2011 hat der Stadtrat auf Antrag – und ich vermute auf Antrag von Ivo Romer, unserem früheren Bildungs- und Sportminister, der dann Finanzminister dieser Stadt wurde – die Sportkommission aufgelöst.

Ivo Romer war ja ein legendärer Vorwärtsmacher, ein Ausbund an Energie. Zudem liess er sich noch bestätigen, und zwar von diesem Rat. Diejenigen, die damals dabei waren, wissen, dass er als Stadtrat Mitglied des Verwaltungsrats des EVZ und des damals gerade neu gegründeten EVZ Gastro sein würde. Auf Antrag der GPK unter der Leitung von U. B. Wyss, welche das einstimmig befürwortete, hat der GGR das erlaubt. Und da wäre ja eine solche Sportkommission nur ein Hindernis gewesen. In dieser Zeit ist überhaupt einiges passiert. Das ist jetzt aber nicht das Thema. Wir haben ja einige Turbulenzen erlebt mit diesem EVZ-Stadion. Langjährige Mitglieder des GGR wissen das; Stichworte sind: das Dach, die Aussichtsterrasse des Uptown usw.

Der Kanton wollte im Zuge der Sparübungen die Sportkommission abschaffen. Es wurde berechnet, dass die Sportkommission CHF 5'000.00 kosten würde. Das Argument, dass die Finanzen der Stadt mit einer solchen Kommission unmässig belastet würden, ist klar von der Hand zu weisen.

Der Vorredner von der glp hat es bereits erwähnt: Wir haben – und das ist nicht ein Vorwurf, sondern einfach eine Feststellung – eine schleichende Vermischung von verschiedenen Veranstaltungen. Die Kulturveranstaltung ist ein Event. Die Sportveranstaltung ist auch ein Event. Diese Events werden einerseits kreiert, um aufmerksam zu machen auf die jeweilige Sportart, sie werden aber auch kreiert, um Finanzen zu generieren.

Wir stellen uns vor, dass eine Sportkommission – und das zu sagen ist mir ganz wichtig – vor allem auch eng mit der jetzigen Sportverwaltung beziehungsweise dem jetzigen Sportamt zusammenarbeitet. Das ist nicht ein Gegensatz – das ist ein Miteinander. Diese Mitglieder der Kommission bringen neue Ideen. Ich war kürzlich an einer Veranstaltung in Cham. Cham zeichnet jährlich seine Sportlerinnen und Sportler aus, und zwar im Rahmen einer grossen Veranstaltung. Und das machen übrigens auch andere Zuger Gemeinden. Davon ist mir in der Stadt Zug nichts bekannt. Solche Vorschläge, stelle ich mir vor, könnten doch von einer Kommission vorgebracht werden.

Wenn Alexander Eckenstein sagt, der Verwaltungsaufwand würde unmässig ansteigen und man stehe für einen schlanken, aber starken Staat, dann klingt das natürlich sehr staatsmännisch. Aber in Tat und Wahrheit geht es doch nur um vielleicht fünf bis sechs Sitzungen mit einem Protokoll pro Jahr. Das ist die zusätzliche Belastung. Aber welche Chancen eine solche Kommission hätte, das hat er nicht gesagt.

Eine Sportkommission kann auch Hinweise geben auf Missstände. Wenn ich sage «Missstände», dann meine ich zum Beispiel den Zustand der Sportinfrastrukturen. Klassisches Beispiel, ein grosser Vorwurf – der Stadtrat soll gut zuhören: unser Fussballstadion. Da wären vielleicht wertvolle Hinweise und ein gewisser Druck aus der Sportkommission ganz nützlich.

Regionalisierung: Wir haben ein Phänomen – und Sie kennen die Gründe dafür. Ein Beispiel dafür hat mir die Stadträtin kürzlich zugestellt. Der LK Zug, ein grosser Sportverein mit viel Tradition in dieser Stadt, hat einen Vorstand von einem Dutzend Leuten und weitere Funktionäre auf seiner Homepage aufgeführt. Ich kann Ihnen sagen, dass genau ein Mitglied noch in der Stadt Zug wohnt. Es gibt in der Stadt vielleicht kleine Vereine, wo wirklich Leute aus der Stadt Unterstützung brauchen.

Lassen Sie es mich ganz klar sagen: Es geht hier nicht um eine Sparübung. Um das geht es ganz sicher nicht. Wir möchten dem Sport, dem Juniorsport und dem Breitensport, eine überparteiliche Stimme geben. Wir wollen mehr Geld ausgeben – genau –, aber wir können das hier ja

nicht im Detail beurteilen. Wir brauchen also Leute aus dem Publikum, wenn möglich keine Vertreter der Vereine, aber Leute, die in Zusammenarbeit oder eng mit dem Sport verbunden sind und den Überblick haben.

In diesem Sinne bitte ich Sie, diese Motion zu unterstützen. Ich denke, diese Motion passt ausgezeichnet zum Vorstoss der FDP, der noch nicht beantwortet ist und nach der Relevanz der verschiedenen Kommissionen fragt. Wir sehen das durchaus als parallele Aufgabe, dass es möglicherweise Bereiche gibt, wo wir eine zusätzliche Kommission brauchen, die aktuell nicht vorhanden ist. Die Sportkommission ist nur ein Beispiel. Es gibt vielleicht andere Bereiche wie Klima – vielleicht brauchen wir zukünftig eine Klimakommission. Es gibt also Bereiche, die heute eine Kommission nötig haben, aber andere Kommissionen sind vielleicht abzuschaffen. Das schliesst sich nicht aus.

Ratspräsident Bruno Zimmermann stellt fest, dass der Antrag der FDP-Fraktion auf Nichtüberweisung vorliegt, und weist darauf hin, dass für eine Nichtüberweisung der Motion eine Zweidrittelmehrheit notwendig ist. Für eine Zweidrittelmehrheit werden 24 Stimmen benötigt.

Abstimmung Nr. 1

- Für den Antrag der FDP-Fraktion auf Nichtüberweisung stimmen 16 Ratsmitglieder
- Gegen den Antrag der FDP-Fraktion auf Nichtüberweisung stimmen 17 Ratsmitglieder
- Enthaltungen: 0

Ergebnis Abstimmung Nr. 1

Ratspräsident Bruno Zimmermann stellt fest, dass der Rat die Motion überwiesen hat.

5. Schulanlagen: Kenntnisnahme Schulraumplanungsbericht "Analyse und Handlungsbedarf"

Es liegt vor:

- Bericht des Stadtrats Nr. 2562 vom 19. November 2019

Ratspräsident Bruno Zimmermann stellt fest: Das Wort zum Eintreten wird nicht verlangt, damit gilt Eintreten als stillschweigend beschlossen.

Ratspräsident Bruno Zimmermann stellt fest, dass kein Antrag auf Verzicht einer Diskussion gestellt wird und einer Diskussion somit stillschweigend zugestimmt wird.

Vroni Straub, Stadtratsvizepräsidentin

Erlauben Sie mir zu Beginn der Diskussion einige Ausführungen zum vorliegenden Bericht betreffend Schulraumplanung mit Zeithorizont 2028.

Die gute Nachricht zuerst: Mit Verdichtung und räumlicher Umnutzung haben wir auf den bestehenden Schulstandorten genug Platz, um die Entwicklung der Schülerzahlen bis 2028 aufzufangen.

Und eine zweite gute Nachricht, die aus dem Bericht hervorgeht: Die Verantwortlichen der Stadtschulen inklusive Schulleitungen haben in den letzten Jahren jeden zur Verfügung stehenden Platz genutzt und im Schulalltag, was die räumliche Situation angeht, viel Kreativität und Flexibilität gezeigt. Es wird haushälterisch mit dem vorhandenen Schulraum umgegangen – nur sind wir jetzt an dem Punkt angelangt, wo es nicht mehr möglich ist, ohne Qualitätseinbussen flexibel zu sein.

Schulraumplanungen stehen immer im Spannungsfeld von vielen verschiedenen Einflüssen. Politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen beeinflussen die demographische Entwicklung – gesellschaftliche Entwicklungen haben Einfluss auf die bildungspolitischen Rahmenbedingungen und damit auf die Wahl der Schulmodelle und die Entwicklung der Lern- und Lehrformen. Alle diese Veränderungen haben Einfluss auf die Raumbedürfnisse der Schulen.

Ich denke hier an die mögliche Einführung einer Grund- und Basisstufe, an die Weiterentwicklung der Sek I mit den Lernateliers oder auch an die Anforderungen an die bauliche Infrastruktur zur Umsetzung der integrativen Schulung. Und natürlich an das steigende gesellschaftliche Bedürfnis nach schulergänzender Betreuung. All das braucht Raum. Und schon bald etwas Selbstverständliches in der Stadt Zug: Wir bieten einen zweijährigen Kindergarten an – obwohl der Besuch des ersten Jahres freiwillig ist. Trotzdem besuchen 98 Prozent aller Kinder beide Kindergartenjahre.

Mit der Einführung von Sek I plus und dem Lehrplan 21 und auch der vorhin erwähnten Umsetzung des kantonalen Beschlusses zur Umsetzung der integrativen Schulung sind die Schulen beziehungsweise die Lehrpersonen einer eigentlichen Reformitis ausgesetzt.

Nichtsdestotrotz wollen wir flexiblen Schulraum, der zukünftigen Schulmodellen und neuen Lehrformen im wahrsten Sinne des Wortes Raum lässt. Schulraum ist quasi der dritte Pädagoge neben den Erwachsenen und den Kindern. Diesem Grundsatz gehen wir nach bei der Erarbeitung von nächsten Projekten, die sich aus diesem Bericht ableiten.

Und zum Schluss noch: Schülerzahlprognosen sind eine höchst unpräzise Wissenschaft. Und doch hat sich in den letzten Jahren ganz stabil gezeigt, dass rund 7.4 bis 7.8 Prozent unserer Gesamtbevölkerung Schülerinnen und Schüler sind. Das ist ein relativ hoher Wert für eine Stadt.

Wir rechnen deshalb bis 2028 an den Stadtschulen mit rund 880 Schülerinnen und Schülern mehr – das wäre dann ein Total von heute 2'400 auf rund 3'200. Rund 880 Schüler entsprechen heute fast der gesamten Schule Rotkreuz. Selbstverständlich verlassen wir uns nicht auf die heute gestellten Prognosen, sondern werden mit einem Monitoring die Schülerzahlen und die Schulraumplanung regelmässig überprüfen.

Liebe Anwesende, ich danke an dieser Stelle einerseits Metron für die angenehme Zusammenarbeit. Metron hat mit viel Engagement jeden Schulkreis unter die Lupe genommen. Ich danke aber auch sehr dem Baudepartement und der Abteilung Immobilien für die gute Zusammenarbeit – manchmal auch für die Geduld mit dem Bildungsdepartement. Weil neben dem eigentlichen Schulraum sind uns eben gerade auch die bildungspolitischen und pädagogischen Aspekte wichtig. Und Ihnen danke ich schon jetzt für die gute Aufnahme des Berichtes.

Roman Burkard

Wir bedanken uns beim Stadtrat für den Bericht zur Schulraumplanung. Man erhält einen guten Gesamtüberblick über die vorhandenen Schulbauten und deren Potenziale. Allerdings muss auch gesagt werden, dass das Problem von knappem Schulraum und dem daraus resultierenden Handlungsbedarf schon länger bekannt ist. Seit 1999 ist die Zuger Bevölkerung stetig am Wachsen (vgl. Seite 15 im Bericht). Dass der damit verbundene Wohnungsbau auch mehr Schülerinnen und Schüler mit sich bringt, ist mehr als offensichtlich.

Eine vorausschauende Schulraumplanung ist auch Bestandteil einer übergeordneten Stadtplanung. Dies auch im Hinblick auf die kommende Ortplanungsrevision. Und im Zusammenhang mit dem Ortsbild dürfen Provisorien nur die Ausnahme und nicht die Regel sein.

Wichtig ist auch, dass die bereits vorhandenen Schulzimmer gut ausgenützt beziehungsweise ausgelastet werden – wie dies die Stadträtin Vroni Straub bereits ausgeführt hat – und es keine grossen Leerzeiten gibt.

Auch ist das Rhythraumprogramm (Seite 22 im Bericht) vor allem bei Neubauten, wo diesbezüglich die grösste Flexibilität besteht, kritisch zu hinterfragen. Im Kanton Zürich sind die Schulzimmer zum Beispiel rund 10 % kleiner als bei uns. In Luzern sind sie noch ein bisschen kleiner.

Auch die jährlichen Schülerzahlen müssen im Auge behalten werden, vor allem bei Neubauprojekten mit Wohnnutzung, wo absehbar ist, dass auch Kinder da wohnen werden und entsprechend wieder Schulraum benötigt wird.

Unsere Fraktion nimmt den Schulraumplanungsbericht einstimmig zur Kenntnis. Und es gilt nun, die Erkenntnisse umzusetzen beziehungsweise damit zu arbeiten und dieses Papier auf keinen Fall für die nächsten zehn Jahre in der Schublade verschwinden zu lassen

Mara Landtwing

Wir von der SP-Fraktion nehmen den Schulraumplanungsbericht «Analyse- und Handlungsbedarf» zur Kenntnis. Er zeigt auf, dass in der Stadt Zug dringend gehandelt werden muss, um der Schullehre auch in Zukunft den Platz zur Verfügung zu stellen, den sie braucht. Die SP-Fraktion erwartet keine allmähliche, sondern eine rasche und weitsichtige Erstellung von mehr Schulraum. Denn trotz des guten Berichts sind wir einigermaßen aufgebracht darüber, dass die Stadt in der Vergangenheit, wenn, dann nur mit hier einem Provisorium und da einem Zusatzraum reagiert hat. So war schon lange klar, dass man mit diesem «Pfläscherle» der wachsenden Schülerinnenzahl nicht gerecht werden kann. Vom Bevölkerungswachstum in der Stadt Zug wissen wir, wie das bereits

mein Vorredner von der FDP gesagt hat, nicht erst seit gestern. Im Gegenteil, mit der stetig verfolgten Attraktivitätssteigerung in Form von Standortvorteilen für gewisse Firmen und Klientel befeuern wir dieses Wachstum. Da dürfen wir uns dann nicht sehr überrascht zeigen, wenn die vorhandene Infrastruktur insbesondere im Schulbereich an ihre Grenzen stösst.

Richard Rüegg

Vorab: Wir erachten den Schulraumplanungsbericht als Bedarfsanalyse.

Unsere Meinung ist, dass vorab eine Schulvision als Grundlage erarbeitet werden müsste, worüber wir hier im Parlament diskutieren könnten. Mit dieser Vision könnten dann spezifischer Neubauten geplant werden.

Was meinen wir mit «Schulvision»?

- Ist das heutige Schulsystem in Stein gemeisselt? Wie wird das Schulsystem 2040 aussehen?
- Was verändert sich mit all den elektronischen Möglichkeiten?
- Machen wir uns auf den Weg zur gebundenen Tagesschule?
- Ist das Quartiersschulhausprinzip in Zukunft zweckmässig?
- Müssen unsere Kinder um 12:00 Uhr essen oder darf es auch um 13:00 Uhr sein? Und dies zum Beispiel in bereits vorhandenen Infrastrukturen wie Alterszentren oder Firmenkantinen?
- Wie müssen Schulhäuser in Zukunft aussehen? Müssen die Räume flexibler gestaltbar sein, zum Beispiel mit Trennwänden, die ohne grossen Aufwand an veränderte Schulsituationen angepasst werden können?
- Müssen wir neue Turnhallen bauen oder genügen zur Entlastung angegliedert auch Fitnessräume mit Laufbändern, Velos usw. Bräuchte es dafür dann Duschen? Oder nutzen wir bestehende Fitnesscenter oder Tennishallen oder Schwingkeller in Tageszeiten, die vielleicht sowieso schlecht genutzt sind?

Fragen über Fragen, die eine Antwort suchen. Diese sind selbstverständlich nicht abschliessend. Bevor wir jetzt Millionen in neuen Schulraum investieren, lohnt es sich, vorab darüber nachzudenken.

Unsere Fraktion nimmt den Schulraumplanungsbericht negativ zur Kenntnis.

Thomas Dubach

Die SVP-Fraktion bedankt sich beim Stadtrat und der Verwaltung für den Bericht.

Eine sorgfältige Auslegeordnung macht Sinn, geht es doch hier um eine grössere Investition von Steuergeldern. Zudem ist eine solche Stellungnahme beziehungsweise Einschätzung seit längerem auf dem Wunschzettel des einen oder anderen Parlamentariers gestanden.

Vielleicht ein, zwei Kritikpunkte oder Anmerkungen: Im Bericht wird die Kapazitätsgrenze erwähnt, wo einige Schulhäuser angestossen sind oder es bald sein werden. Unsere Fraktion meint, wenn diese Kapazitätsgrenze – wie definiert – im Bereich des Zumutbaren liegt, dann soll sie auch ausgenutzt werden und es soll nicht zwingend auf Vorrat gebaut werden. Wir vermissen hier detaillierte Angaben bezüglich des Wo und der Anzahl.

Wohl kaum anders zu bewerkstelligen, beruht das prognostizierte Wachstum der Schülerzahlen auf Annahmen des Bevölkerungswachstums. Und dieses wiederum basiert auf unter anderem – wie im Bericht erwähnt – auf den zu erstellenden beziehungsweise geplanten Wohnkapazitäten.

Es heisst: Sämtliche Prognosen deuten darauf hin, dass sich an dieser nicht grundsätzlich etwas ändern wird.

Die kommenden zehn Jahre könnten aber durchaus anders daherkommen als die vergangene Dekade. Zum Beispiel die OECD-Steuerreform oder einfach eine sich fortsetzende Abschwächung des Wirtschaftswachstums oder gar eine Rezession könnten eine Änderung mit sich bringen. Deshalb ist für uns vor allem wichtig, nicht nur wie viel, sondern wie gebaut wird, bezüglich Kosten und auch möglicher alternativer Verwendung der Innenräume. Sprich: Gibt es Modularbauten etc.

Mit unserer Stellungnahme zu diesem Traktandum Nr. 5 würden wir gerne auch gleich das nachfolgende Traktandum Nr. 6, die Interpellation der gIp, abgehandelt haben, deckt sich doch die inhaltliche Stossrichtung unsererseits weitgehend.

Die SVP-Fraktion ist für die Kenntnisnahme und Abschreibung.

Michèle Willimann

Die Verwaltung hat nun eindeutig bewiesen, dass sie in den letzten Jahren sehr haushälterisch mit den vorhandenen Räumlichkeiten der Schulanlagen umgegangen ist. Die wertvolle und seriöse Analyse der Metron zur Schulraumplanung bis ins Jahr 2028 zeigt aber auch eindeutig auf, dass die Kapazitätsgrenzen mehr als erreicht sind. Bei einigen Schulhäusern ist ein dringender Ausbau erforderlich, die entsprechenden Machbarkeitsstudien wurden erstellt oder befinden sich in der Erarbeitung. Es ist nun höchste Zeit, vorwärts zu machen.

Erfreulich stellen wir fest, dass die bestehenden städtischen Bauzonen für das zu erwartende Wachstum bis ins Jahr 2028 ausreichen und die Schülerinnen und Schüler durch diverse Ausbauten auf den bestehenden Flächen untergebracht werden können. Als Richtgrösse wird in der Stadt Zug von 18 Schülerinnen- und Schülern pro Klasse ausgegangen, bei der Planung wird jedoch mit fast 20 Kindern pro Klasse gerechnet. Diese abweichenden Werte erachten wir als problematisch. Wir würden bevorzugen, wenn auch bei der Planung von einem durchschnittlichen Anteil von 18 Schülerinnen und Schülern pro Klasse ausgegangen wird.

Die Stadt Zug weist mit einem ziemlich konstanten Anteil von rund 7.5 % Kindern gemessen an der Gesamtbevölkerung für städtische Verhältnisse einen relativ hohen Wert auf. Das freut uns. Zudem zeigt unter anderem der sinkende Anteil an Privatschülerinnen und Privatschülern die gute Qualität unserer Zuger Stadtschulen. Auf das können wir stolz sein und auf diese Qualität müssen wir auch in Zukunft grossen Wert legen. Sehr wichtig bleibt auch weiterhin, die schulergänzende Betreuung mitzudenken und weiter auszubauen. Das ist und bleibt ein wichtiger Standortvorteil.

Die Fraktion CSP-Grüne nimmt den vorliegenden Schulraumplanungsbericht positiv zur Kenntnis und ist gespannt auf den bald erscheinenden zweiten Teil zur längerfristigen Schulraumplanung.

David Meyer

Grundsätzlich ist es begrüssenswert, dass die Stadt Zug mit der Metron AG einen Spezialisten auf dem Gebiet der Schulraumplanung beigezogen hat. Es war mir ja schon länger eine Druckstelle, dass wir keine solche Schulraumplanung haben. Ich habe dies immer mal wieder angedeutet und mit der Interpellation im Frühling dann auch umgesetzt.

Der Bericht «Analyse und Handlungsbedarf» erläutert detailliert den Zusammenhang zwischen dem Bevölkerungswachstum, den steigenden Schülerzahlen sowie dem dringend notwendigen zusätzlichen Schulraum in den nächsten Jahren. Aus meiner Sicht gibt es folgende Punkte zu beachten:

- Synergienutzungen: Neben den Optimierungen im Bestand sollten im Hinblick auf den wirtschaftlichen Umgang mit den Flächen unbedingt auch Synergienutzungen im Bestand geprüft werden. Das konnte so aus dem Bericht nicht direkt herausgelesen werden. Welche Nutzungen könnten wo wie zusammengelegt werden respektive gibt es Räume, welche für Schule und schulgängende Betreuung oder zum Beispiel Musik- und Förderräume gleichermaßen genutzt werden könnten? Stichwort: Gruppenräume nach Schulschluss. Hierzu sind auch die Belegungspläne zu prüfen.
- Tagesschule: Aktuell liegen ja diverse Bestrebungen vor, das Angebot für Tagesschulen auszubauen. Im Bericht steht auf Seite 16 aber wirklich, dass bei der Tagesschule im Vergleich zu 2018/19 nur ein zusätzlicher Schüler prognostiziert wird in den nächsten 10 Jahren. Dies ist nicht nachvollziehbar und muss sicherlich hinterfragt werden.
- Provisorien: In der Interpellation respektive in der Beantwortung der Fragen wird das Thema Provisorien detailliert behandelt, im Bericht hingegen nicht. Es wird bei der Beantwortung von Frage 8 bewusst erwähnt, dass keine Rückbaudaten vorgesehen sind. Leider werden Provisorien nur allzu oft zu «Providurien». Ich gehe davon aus, dass bei der Raumbilanzierung der bestehende Raum in den Provisorien als «Bestandesflächen» eingerechnet worden ist. Dies ist etwas heikel, insbesondere weil es bereits im Schuljahr 2018/19 teils sehr grosse Flächendefizite gibt. Es wird zu wenig erwähnt, dass zukünftig nicht nur eine Verdichtung respektive Erweiterung der bestehenden Anlagen vorgesehen werden muss, sondern dass auch der Raum in den Provisorien entsprechend ersetzt werden sollte, um die Defizite zu beheben. Setzt man sich nicht aktiv für den Rückbau respektive den Ersatz der Provisorien ein, bleiben sie oft einfach stehen und werden neben Neubauten weiter genutzt. Es gibt jedoch «Laufzeitbeschränkungen» für Provisorien in Bezug auf die Baubewilligung und den energetischen Standard.

Patrick Steinle

Unsere Fraktion und somit auch ich beantragen bekanntlich zustimmende Kenntnisnahme. Gestatten Sie mir trotzdem zwei kritische Anmerkungen zu diesem Bericht.

Das eine haut ein bisschen in die Kerbe, in die der Fraktionssprecher der CVP schon ziemlich kräftig reingehauen hat. Ich weiss nicht, wie Sie das machen bei der Ferienplanung. Gehen Sie dann zum Flughafen und schauen, wohin der günstigste Flug geht, oder überlegen Sie zuerst, wohin Sie wollen und suchen dann nach einem vernünftigen Weg dorthin?

Mir scheint, die Zuger Schulraumplanung folgt ein bisschen dem ersten Prinzip. Wenn – auf Seite 38 – die Eignung der bestehenden Infrastruktur für verschiedene Schulsysteme geprüft wird, dann ist es wenig erstaunlich, dass der beste Match das herkömmliche System ist, mit zwei Jahren «Chinzgi» gefolgt von einer 6-jährigen Primarschule.

Dieses Schulsystem sollte aber keineswegs einfach gesetzt sein. Seit bald 20 Jahren wird die Einführung einer 4-jährigen Basisstufe diskutiert, seit 10 Jahren liegen die Abschlussberichte der entsprechenden Schulversuche vor. Diese sind sehr positiv und zeigen auf, dass mit dieser Basisstufe zu geringen Mehrkosten der Schuleintritt deutlich erleichtert wird und die Kinder viel individueller gefördert werden können. Seit vier Jahren hat der Zuger Regierungsrat den Gemeinden die Einführung dieser Basisstufe erlaubt und seit letztem Jahr gilt auch für uns der Lehrplan 21, dessen erster Zyklus genau dieser Basisstufe entspricht.

Wenn die Stadt Zug jetzt weiterhin auf das herkömmliche System setzt, nur weil die baulich-räumlichen Gegebenheiten dann besser passen, wird hier das Pferd vom Schwanz her aufgezäumt. Zuerst sollte – wie das Richi Rüegg gesagt hat – ein fundierter Entscheid zum Schulsystem erfolgen, bevor die dazu nötige Infrastruktur und auch Schulorganisation geschaffen wird. Sonst wird ein System auf Jahrzehnte hinaus sprichwörtlich zementiert oder zumindest werden die Umstellungskosten unnötig erhöht.

Meine zweite Kritik betrifft – das ist wenig erstaunlich – das Herti. Verzeihen Sie mir allfällige Wiederholungen, ich habe Ähnliches in meinem ersten parlamentarischen Leben hier auch schon geäussert.

Erfreulich ist, dass angedacht wird, zumindest in diesem Bericht, den viel zu grossen Schulkreis Zug West aufzuteilen. Weniger erfreulich ist, dass immer noch daran festgehalten wird, das Schulhaus Herti entgegen dem Quartiersschulhausprinzip zu einem eigentlichen Campus auszubauen. Wenn schon das Loreto für Oberstufenschüler als sehr gross erscheint, wie ist es dann für Primarschüler im vergleichbar grossen Herti?

Wenn mit Baar doch sowieso wieder neu verhandelt wird bezüglich der Übernahme von Kindern aus dem Unterfeld, warum dann nicht nochmals einen Anlauf machen für ein gemeinsames Quartiersschulhaus Unterfeld/Schleife, wenn möglich auch auf Baarer Boden?

Das würde einerseits das Herti entlasten, andererseits wäre ein Quartiersschulhaus in der Schleife extrem wertvoll für die Quartierentwicklung. Nichts stärkt den Zusammenhalt so sehr, bildet Identität und fördert den Austausch unter der Quartierbevölkerung wie ein eigenes Schulhaus. Die Schleife, mit ihren städtebaulich eher verunglückten Überbauungen – entschuldigen Sie meine persönliche Einschätzung –, könnte so einen Identifikationsort und Treffpunkt gut brauchen.

Ich weiss, inzwischen ist die Planung für die Erneuerung und den Ausbau im Herti schon weit fortgeschritten und der Handlungsbedarf ist dringend. Aber besser eine etwas spätere, dafür deutlich bessere Lösung als eine schnelle suboptimale.

Philip C. Brunner

Ich danke Patrick Steinle sehr für seine kritische Beurteilung. Aber – und jetzt kommt das Aber – wir haben jetzt relativ lange auf alle diese Dinge gewartet. Bereits im 1. Quartal 2020, also schon bald, werden wir gemäss Stadtrat den zweiten Teil des Berichts erhalten. Mindestens kommt in der ganzen Sache nun etwas Tempo auf. Ich finde, man kann das eine tun und das andere nicht lassen. Neue Ideen sind durchaus willkommen, aber wir müssen vorwärts machen.

Die Situation, wie sie bereits von verschiedenen Vorrednern beschrieben wurde, mit Provisorien und, und, und – ich denke, da sind die Möglichkeiten langsam ausgereizt. Deshalb sollten wir jetzt wirklich an die grosse Kiste gehen – und diese wird Geld kosten. Wie Sie wissen, haben wir dazu bereits Rückstellungen gemacht. Der Stadtrat hat solche Rückstellungen bereits auch für die Rechnung 2019 angekündigt, die wir aber noch nicht kennen.

Am Geld soll es jetzt also nicht scheitern. Das war lange Zeit ein Problem. Besonders das Projekt in der Herti ist ja letztlich an diesem Genickschuss untergegangen.

Aber jetzt freut mich wirklich, dass da etwas Substantielles kommt, und ich danke allen, die daran konstruktiv mitgearbeitet haben. Ich glaube, der neue Partner Metron AG, der diese Planung im Auftrag des Stadtrats gemacht hat – wenn die Stadträtin überschwänglich dafür gedankt hat, möchte ich doch auch sagen, dass der GPK bekannt ist, was ein solches Dossier kostet. Ich kann sagen: Günstig ist es nicht. Die farbigen Fotokopien, die wir erhalten haben, sind daran noch das Günstigste. Die Firma Metron hat einen schönen Auftrag erhalten und hat jetzt noch einen zweiten Auftrag. Ich hoffe, sie nimmt diese Debatte dann auch entsprechend auf.

Vroni Straub, Stadtratsvizepräsidentin

Vielen Dank für die mehrheitlich doch gute Aufnahme. Ich kann ihre Voten gut nachvollziehen und habe auch fleissig mitgeschrieben und werde das Protokoll ausdrucken. Zwei, drei Hinweise noch:

Zu Roman Burkard: Nein, das wird kein Papiertiger. Selbstverständlich wird nichts schubladiert. Wir wollen flexiblen Schulraum haben, der eben auch möglich macht, dass wir – das habe ich bei meinem Eintreten gesagt – verschiedene Schulmodelle einführen können.

Zu Richard Rüegg und Patrick Steinle bezüglich Schulvision: Ja, der Stadtrat weiss, wohin die Reise gehen soll. Die vier bestehenden Schulkreise möchte der Stadtrat im Moment nicht aufweichen, sondern an den vier Schulkreisen will der Stadtrat festhalten. In grenznahen Gebieten wollen wir hingegen selbstverständlich flexibel bleiben, um die Schulklassengrössen einigermaßen auszugleichen. Das ist das eine.

Das andere ist: Der Stadtrat hat gerade noch im alten Jahr die Weiterentwicklung der modularen Tagesschule als grosses Projekt auf den Weg geschickt. Ich habe hier im Rat bereits bei der Budgetdebatte darüber informiert. Im Rahmen dieses Projekts werden sich einige Fragen, die nun gestellt wurden, klären.

Eine weitere Vision ist die erwähnte Basiseingangsstufe. Diese könnten wir bereits heute einführen. Im Schulhaus Hänggeli haben wir einen Kindergarten sowie eine erste und zweite Klasse. Wir könnten das auch im Schulhaus Giminen einführen. Wir können das aber nicht dort einführen, wo wir Kindergärten als Solitäre haben. Aber auch diese Kindergärten haben eine gewisse Qualität, wenn sie sich in einem Quartier befinden. Wir hätten also heute schon die Möglichkeit, haben uns aber im Moment noch dagegen entschieden, weil – das habe ich auch am Anfang bereits gesagt – die Schule mit diesen vielen Projekten, die im Moment anstehen, angestanden sind und weiter noch kommen werden, sehr ausgelastet. Und unser Kernauftrag ist wirklich das Unterrichten. Und es ist unglaublich – und dazu könnte ich jetzt zwei Stunden lang referieren –, was die Schulen und die Lehrpersonen heute in der Gesellschaft auf sich nehmen müssen. Angefangen beim Schwimmen lernen und Velofahren lernen – alles kommt auf die Lehrpersonen zu. Und es ist für mich im Moment als Schulpräsidentin wichtig, dass wir gesunde Lehrpersonen haben und dass wir ihnen nicht zu viele neue Reformen aufbürden, sondern sie im Moment vor allem beim Lehrplan 21 oder bei der Umsetzung der Sek I plus begleiten, und Schulraum zu erstellen, so wie das jetzt ja auf dem Weg ist. Bald weihen wird den Neubau Riedmatt ein. Die Erweiterung Loreto ist zum Beispiel in der Jury-Phase. Das Herti wird nächstens im Stadtrat diskutiert. Die Machbarkeitsstudie für das Schulhaus Guthirt wird im Frühling ausgelöst. Wir kommen also in grossen Schritten weiter. Und noch einmal: Das Zauberwort wird «flexibler Schulraum» sein, der es eben erlaubt, verschiedene neue Lehr- und Lernformen oder auch Schulmodelle einzuführen. Ich habe diese Studien betreffend Basisstufe auch gelesen. Und es ist nirgends – in allen Studien – bewiesen, dass diese Kinder mehr Lernfortschritte machen. Es ist eine gute Sache, aber für mich im Moment nicht die allervordringlichste, bevor wir nicht auch den entsprechenden Schulraum haben. Der Kanton kann noch lange sagen, was wir machen sollten. Zahlen tut der Kanton uns aber nichts an diese ganze Geschichte. Und darum möchten wir unsere Prioritäten nicht gleich schon bei der Basisstufe setzen.

Ratspräsident Bruno Zimmermann stellt fest, dass der Antrag der CVP-Fraktion auf ablehnende Kenntnisnahme vorliegt.

Abstimmung Nr. 2

- Für den Antrag der CVP-Fraktion auf ablehnende Kenntnisnahme stimmen 2 Ratsmitglieder
- Für die Kenntnisnahme des Berichts stimmen 30 Ratsmitglieder
- Enthaltungen: 1

Ergebnis Abstimmung Nr. 2

Ratspräsident Bruno Zimmermann stellt fest, dass der Rat den Bericht zur Kenntnis genommen hat.

6. Interpellation der glp-Fraktion vom 7. Mai 2019 betreffend Schulhausplanung

Es liegt vor:

- Antwort des Stadtrats Nr. 2563 vom 19. November 2019

David Meyer

Es wurden seit 2011 neun Modulbauten gekauft, teilweise zweistöckig, und aufgestellt. Jeweils in letzter Not wurde der GGR händeringend genötigt, das Budget für eine weitere Modulbaute abzusegnen. Ansonsten findet das nächste Jahr die Schule im Regen statt, hiess es jeweils. Es gibt keinen Schulkreis, der nicht mit einem dieser Provisorien beglückt worden wäre.

Dass es zu wenig Schulraum gibt, das spüren auch die Leute und das pfeifen die Spatzen von den Dächern. Jeder in der Stadt, der schulpflichtige Kinder hat, weiss es. Ausser die zuständige Kommission und der Stadtrat. Denn in der Antwort schreibt dieser Stadtrat: «Die Schulraumplanung der Stadt Zug ist auf einem guten Stand. Die seit längerem bestehende Arbeitsgruppe Schulraumplanung, bestehend aus Vertretern des Bildungs- [...], des Bau- [...] und des Finanzdepartements [...] erarbeitet und überprüft jährlich in zwei Sitzungen die Schülerzahlprognosen, die Wohnbautätigkeit und weitere Faktoren [...]» – etc.

Externe Beratungsbüros sind bekannt dafür, dass sie eher zurückhaltend sind in der Formulierung ihrer Befunde. Dezent, sanft, in Zuckerwatte, so schreiben sie ihre Texte üblicherweise. Ausser es geht nicht anders. Und das war hier offenbar unumgänglich. So schreiben sie: «Die Bilanzierung für das Schuljahr 2018/19 zeigt auf, dass insbesondere im Schulkreis Zentrum sowie im Teilgebiet Herti / Letzi bereits Defizite bestehen. Das wachsende Raumdefizit wirkt sich negativ auf die Qualität des Unterrichts aus.»

Der Stadtrat schreibt, die Schulraumplanung ist auf gutem Stand. Die Profis schreiben, dass bereits jetzt Defizite bestehen, bis hin zum Qualitätsverlust beim Unterricht.

Der Stadtrat schreibt: Eine Arbeitsgruppe, seit längerem bestehend etc. und schreibt weiter: «[...] mit dem externen Schulraumplanungsbüro (in diesem Fall Metron AG) [...]»
Es ist aber mitnichten so, dass Metron laufend dabei gewesen wäre, wie die Antwort des Stadtrats suggeriert. Erst vor rund einem Jahr, als es bereits lichterloh brannte, ist Metron dazugestossen.

«Provisorien im Sinne zeitlich begrenzter Schulbauten für wenige Jahre [...] stehen heute einzig beim Schulhaus Riedmatt [...]», schreibt der Stadtrat in seiner Antwort.

Was ist mit all den anderen Provisorien, die der GGR in den letzten Jahren bewilligen musste? Sie wurden einfach umbenannt in «Modulbauten». Und weil die Schulraumplanung bisher nicht in der Lage war, zu sagen, wann die Modulbauten ersetzt werden, sind sie unbefristet. Siehe Tabelle zur Interpellationsfrage 8. Es sind ewige Provisorien, kein Ablaufdatum. Provisorien, Modulbauten – freie Namenskreationen. Aber müssen wir vom GGR uns wirklich mit diesen Wortklaubereien abspeisen lassen? Ist das der Stil, wie dieser Stadtrat funktioniert?

Werter Stadtrat, das ist leider nicht die erste Antwort in der letzten Zeit, die man kaum ernst nehmen kann. Es ist eine Schönfärberei. Die Folgen sind, dass wir, der GGR als Prüforgane, nun alle eure Antworten akribisch durchleuchten müssen.

Das Geheule, man möge den Stadtrat doch einfach nur den Job machen lassen, ist leider an dieser Stelle ein falsches Geheule. Mit solchen Antworten, wie wir sie nun bei der Schulraumplanung vorliegen haben, da muss man unweigerlich misstrauen. Das ist unschön. Es ist nicht das, was ich meinerseits gerne mache, aber ihr fordert das heraus, es wird leider unerlässlich.

Theo Iten

Wir von der CVP nehmen die Antwort zur Interpellation betreffend Schulhausplanung zur Kenntnis. Doch ganz zufrieden sind wir mit dem Bericht «Analyse und Handlungsbedarf» nicht. Hier fehlt ganz klar das Fundament:

- Sind die Schulhäuser in einem guten Zustand oder sind Sanierungen notwendig?
- Mit was für Kosten müssen wir noch rechnen?
- Oder betreiben wir «Pflasterlipolitik»?

Ergebnis

Ratspräsident Bruno Zimmermann stellt fest, dass der Rat von der Antwort des Stadtrats Kenntnis genommen hat und die Interpellation als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben wird.

7. Interpellation der SVP-Fraktion vom 20. Mai 2019 zur Eröffnung der neuen Stadtverwaltung im LG22 – Sommer 2019"

Es liegt vor:

- Antwort des Stadtrats Nr. 2566 vom 17. Dezember 2019

Philip C. Brunner

Ich möchte mein Votum in zwei Teile gliedern und werde mich zuerst als Vertreter der SVP-Interpellanten äussern und nach den Voten der Fraktionen als Fraktionssprecher zu Wort melden.

Ich hatte in der Pause ein interessantes Gespräch mit einem jüngeren Kollegen. Dabei habe ich festgestellt – und das möchte ich überhaupt nicht irgendwie negativ ausschlagen –, dass diesem Kollegen eigentlich nicht bewusst war, was sich im Sommer 2012 hier in dieser Stadt und insbesondere auch im GGR ereignet hat. Er hat das zwar irgendwie noch gewusst und vielleicht hat er auch gewusst, dass mit dieser Interpellation und deren Beantwortung ein Prozess, der doch siebeneinhalb Jahre gedauert hat, zu einem gewissen Abschluss kommt. Das war auch die Motivation, diese Interpellation einzureichen, sich nach Abschluss der praktischen Arbeiten im Landis&Gyr-Gebäude mal ein bisschen damit zu beschäftigen, was damals in diesem Abstimmungskampf alles behauptet und gesagt wurde – die Fakten sozusagen zu prüfen.

Dank gebührt also den Chronisten und Buchhaltern dieser Stadt für die Beantwortung der Interpellationsfragen. Ich meine das ganz ehrlich, da steckt Arbeit dahinter und das ist eine gute Arbeit, die auch sehr viel an Informationen birgt.

Dank gebührt natürlich auch – und ich beginne jetzt einfach zufällig irgendwo – allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt Zug, welche diesen historischen Umzug mitgemacht haben. Das ist sicher eine einschneidende Geschichte gewesen und hat die Verwaltung, im letzten Jahr zumindest, bis zur Eröffnung, stark beschäftigt.

Mein Dank geht aber auch an alle Planer, Handwerker und Ausführenden aus dem Bau.

Ich denke, ein grosser Dank gebührt auch dem damaligen Stadtrat – ich komme darauf zurück –, seinerzeit angeführt vom Stadtpräsidenten Dolfi Müller, unterstützt vom Stadtschreiber Arthur Cantieni, der für die politische Abwicklung sozusagen über zwei Runden auch im Ring gestanden hat.

Dank gebührt auch dem Gesamtprojektleiter Martin Würmli und dem Team der Stadtkanzlei mit Franco Keller, der Immobilienabteilung unter Leitung von Christian Weber und vielen anderen, die ich hier jetzt nicht namentlich erwähne, die mitgezogen haben, damit die Verwaltung in dieses Gebäude einziehen konnte.

Dank gebührt selbstverständlich zudem dem heutigen Stadtrat für die Begleitung der Umsetzung.

Und der grösste Dank geht an die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, die weitsichtig die nötigen Mehrheiten gegeben haben, sodass wir das Projekt bis zum heutigen Tag durchziehen konnten.

Das allergrösste Lob aber gebührt dem proaktiven GGR, also sozusagen uns und den damaligen Repräsentanten, vor allem auch bei der zweiten Abstimmung, der Doppelinitiative, namentlich Monika Mathers und Gregor Bruhin sowie allen Mitgliedern des Pro-Komitees, welche den Mut hatten, gegen den damals mächtigen Strom der Kritiker anzukämpfen. Ohne deren Einsatz wäre es vermutlich nicht gelungen. Und wenn ich mich richtig erinnere, war der Stadtrat – aus was für Gründen auch immer – in diesem zweiten Abstimmungskampf leider recht passiv und ziemlich gelähmt.

Dass wir jetzt alle diese Zahlen erhalten haben, ist lobenswert. Man ist versucht zu sagen: Ende gut, alles gut. Nein, ich teile diese Meinung nicht. Ich teile sie nicht, weil die praktische Umsetzung des damaligen GGR- beziehungsweise Volksbeschlusses eigentlich ein Neubeginn ist – ein Neubeginn. Diesen Neubeginn – und da wende ich mich an den Stadtrat – gilt es, jetzt nicht zu verschlafen. Es ist klar, dass mit dem Umzug im letzten Jahr und allen Dingen, die in diesem Zusammenhang passiert sind, die Leistung der Stadtverwaltung teilweise etwas eingeschränkt – und ich meine das nicht als Vorwurf – war.

Grundlage guten Arbeitens sind gute Arbeitsbedingungen – technisch und räumlich. Und diese haben wir jetzt geschaffen. Das soll auch neue Mitarbeiter der Verwaltung motivieren. Diesen Punkt haben wir geschafft, aber nicht mehr. Jetzt möchten wir hier als GGR, als Vertreter der Einwohnerschaft, auch Leistungen für die Bürger sehen.

Wir haben vorher – und das ist ein gutes Beispiel – über die Schulbauten diskutiert. Da ist jetzt Kraft gefordert. Es geht also nicht nur darum, dass wir jetzt finanziellen Nutzen davon haben – und ich komme nachher im zweiten Teil auf die finanziellen Einsparungen und so weiter zurück, die jetzt gemacht werden konnten. Eine kleine Zahl, ich habe ausgerechnet: Wir haben 1'700 m² weniger. Das steht in der Beantwortung zum nächsten Traktandum. Und wenn sie allein diese Zahl 1'700 m² mit einem der Lage angepassten Mietpreis pro Quadratmeter von CHF 300.00 pro Jahr – das ist einfach eine Annahme, vielleicht ist es höher – multiplizieren, kommen sie bereits auf CHF 500'000.00 potenzielle Mietkosten, die durch die Zentralisierung der Stadtverwaltung eingespart wurden. Nein, ich meine, die Bedingungen sind jetzt da. Es kann jetzt auch keine Ausreden mehr geben. Die Grundlagen sind nun da, das zu machen, was wir von einer Verwaltung und was wir von unserem Stadtrat verlangen: Qualität, Exzellenz, Kundenfreundlichkeit. Kurz: Wir müssen smart sein, nicht nur bei Energie- und Umweltfragen, sondern als Stadt immer ein bisschen voraus.

In diesem Sinne soll dieses neue, grosse Gebäude auch ein Symbol sein für eine gute Stadt, die nicht nur ihren eigenen Mitarbeitern gut schaut, sondern eben auch Leistungen für die Einwohner erbringt. Ich denke, das ist die Aufgabe, die es jetzt anzupacken gilt.

Maria Hügin

Das Wichtigste vorweg: Der Kauf der Gubelstrasse 22 hat sich als Erfolgsgeschichte und Glücksfall für die Stadt Zug erwiesen. Aus heutiger Sicht lässt sich sagen, dass viele der im Jahr 2012 aufgeführten Befürchtungen nicht eingetreten sind, mehr noch, die Rahmenbedingungen haben sich sogar zugunsten des Kaufs entwickelt:

- Das Gebäude befand sich in einem guten Zustand ohne Altlasten.
- Das Zinsniveau ist weiter gesunken.
- Die Immobilienpreise in der Stadt Zug sind weiter gestiegen.
- Die Vermietung der Liegenschaften ist geglückt, sowohl an der Gubelstrasse 22 als auch in der Altstadt.
- Die finanzielle Lage der Stadt Zug hat sich positiv entwickelt und die finanzpolitischen Vorgaben werden aktuell erfüllt.

In Bezug auf den Ausbau der Verwaltung ist es wohl noch etwas zu früh, um eine Bilanz zu ziehen. Die FDP-Fraktion verfolgt gespannt, wie sich die Synergien weiterhin positiv auf die Effizienz der Verwaltung auswirken. Eine schlanke und effiziente Verwaltung muss auch nach dem Umzug das Ziel sein und wir erwarten vom Stadtrat, dass er dieses Ziel weiterhin konsequent verfolgt.

In diesem Sinne dankt die FDP-Fraktion dem Stadtrat für die ausführliche und gute Beantwortung der Fragen und nimmt diese zustimmend zur Kenntnis.

Monika Mathers

Ich spreche nicht nur zur SVP-Interpellation, sondern auch gleich zur FDP-Motion, die im nächsten Traktandum behandelt wird.

Wir treffen uns heute zu einer Art Nachlese der ganzen Geschichte um den Kauf des Landis&Gyr-Hauses und des Umzugs unserer Verwaltung dorthin – eine Art Vergangenheitsbewältigung.

Die FDP-Fraktion, die 2012 dem Kauf der Liegenschaft kritisch gegenüber stand, gab am Tag nach dem Ja im GGR sofort eine Motion ein, in der sie dem Stadtrat den Tarif durchgab, was für finanzielle Konsequenzen dieser Kauf haben dürfe.

Die SVP, die immer hinter dem Kauf des Hauses an der Gubelstrasse 22 stand, kam mit ihrer Interpellation fast sieben Jahre später, um herauszufinden, ob der Stadtrat seine damaligen Versprechen wirklich eingelöst hat.

Und man kann sagen: Ja, der Umzug der Verwaltung ist trotz aller Unkenrufe so wie geplant vonstattengegangen. Die finanziellen Vorgaben wurden eingehalten und die von der Stadt nicht benötigten Stockwerke konnten gut vermietet werden, obwohl man überall las, diese seien nicht vermietbar. Wir sind darum mit den Antworten des Stadtrats zufrieden.

Einzig der letzte Punkt der FDP-Motion, wo stand: «Die aktuell durch die Verwaltung genutzten Liegenschaften der Stadt Zug sind innert nützlicher Frist zu verkaufen oder gewinnbringend zu vermieten», wurde nur teilweise umgesetzt – Gott sei Dank. Dass wir nur das Haus Zentrum verkauft haben und die historischen Altstadt Häuser am Kolinplatz, an der Ägerstrasse und in der Oswaldgasse nicht aus den Händen gegeben haben, ist positiv. Das sieht wohl auch der heutige Stadtpräsident und ehemalige Motionär so. Aus dem wunderschönen ehemaligen Baudepartement an der Oswaldgasse wurde nicht ein Maximalmietzins herausgeschlagen. Nein, als offenes Haus des Lernens bleibt es der Bevölkerung unserer Stadt erhalten. Darüber sind wir sehr froh.

Doch weg von den finanziellen Auswirkungen des Umzugs an die Gubelstrasse. Der generalstabmässig geplante Umzug ging reibungslos vonstatten. Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung war die Umstellung aber gross. Die Arbeit in den offenen Grossraumbüros ist sicher gewöhnungsbedürftig. Trotzdem hören wir fast nur Positives: Die Wege sind kurz geworden, man kennt sich besser und kann auch eine Unklarheit bei einem Kaffee aus dem Weg schaffen. Trotzdem scheint es noch eine Art Feintuning zu brauchen. Es gibt Personen, die in ihrer Arbeit zum Beispiel oft am Telefon sind und sehr vertrauliche Gespräche führen müssen. Das passt nicht so sehr in ein Grossraumbüro. Es ist auch für die Person auf der anderen Seite des Telefons nicht sehr angenehm, wenn sie Stimmen im Hintergrund hört. Dass in solchen Fällen Lösungen gesucht werden müssen, ist ganz klar. Wir sind aber zuversichtlich, dass auch diese Kinderkrankheiten ausgemerzt werden können.

Und damit haben wir den Blick in die Zukunft gelenkt. Die Fraktion Alternative-CSP ist froh, dass mit dem heutigen Tag der Blick von der Vergangenheit ins Hier und Jetzt und in die Zukunft wechselt.

Wir freuen uns auf eine gute Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung an der Gubelstrasse und folgen den Anträgen des Stadtrats: die Antwort zur Interpellation der SVP und den Bericht zur Motion der FDP zur Kenntnis zu nehmen sowie die Motion als erledigt von der Geschäftskontrolle abzuschreiben.

Philip C. Brunner

Ich komme zum zweiten Teil meines Votums. Ich habe etwas gewartet – die Person, die ich erwartet habe, ist nicht gekommen. Ich habe Herrn Andreas Kleeb erwartet. Herr Kleeb war der Motor der FDP im Kampf über zwei Runden in dieser Sache. Sein Engagement – ich weiss nicht, wie uneigennützig es war, aber er hat wirklich jedes Argument, das man ziehen konnte, gezogen. Es ging um Erdbebensicherheit. Es ging um Brandschutz. Es ging um die Vermietung von leerstehendem Büroraum, denn es ginge nicht an, dass der Staat das machen würde. Es ging um die Verwendung der Altstadtliegenschaften, wofür ich noch ein gewisses Verständnis habe. Und wenn du sagst, liebe Monika Mathers, dass das zum Glück nicht passiert ist, möchte ich dich daran erinnern, dass das nicht passiert ist, weil der GGR – dazu wurde eine Interpellation behandelt – praktisch einstimmig der Meinung war, dass das nicht passieren soll. Und du hast völlig recht: Gott sei Dank ist das nicht passiert. Und was wir den Stimmbürgern erzählt haben, waren eben keine «Märli». Wir haben gesagt: Es gibt sehr gute Möglichkeiten, diese Liegenschaften zu nutzen. Und wir sehen es jetzt, in diesen Tagen: Im Stadthaus ist eine Krypto-Bitcoin-Bank eingezogen. Wie lange es die machen, weiss ich nicht, aber vielleicht kommt dann jemand anderes. Auf jeden Fall zahlen sie zusammen mit der Ägeristrasse 7 einen doch ganz beachtlichen Mietzins zuhanden dieser Stadt. Und auch das Haus des Lernens – wir hatten die Gelegenheit, mit der GPK eine kurze Besichtigung zu machen: Dort ist noch nicht ganz alles so, wie man sich das dann mal wünscht, aber es geht, glaube ich, mit der Vermietung in die richtige Richtung. Und davon haben die Bürgerinnen und Bürger etwas sowie die Vereine, Amateure der Musik usw. eine gute Möglichkeit.

Ich komme auf Herrn Kleeb zurück. Ich habe seine Gründe eigentlich nie verstanden. Und Monika Mathers hat auch richtig gesagt: Die SVP, welche übrigens so um 2009/2010 herum eine Motion zur Zentralisierung der Verwaltung eingereicht hat, die dann zwar überwiesen, aber nachher in der Debatte zerzaust wurde, ist immer hinter diesem Anliegen gestanden. Auf Umwegen ist sozusagen trotzdem etwas zustande gekommen. Wir als SVP konnten also nicht auf der einen Seite sagen, wir sind für die Zentralisierung der Verwaltung, und wenn dann die Gelegenheit kommt, ein Haus an bester Lage zu kaufen, plötzlich dagegen sein. Das hätten wir auch intern nicht geschafft, wobei ich sagen muss, dass auch bei uns nicht alle hell begeistert waren davon.

Ich möchte daran erinnern: Wir hatten 2010 ein Eisstadion für CHF 62 Mio. gestemmt, knapp bevor die schlechten Resultate ab 2009 oder 2010 eingetroffen sind. Und nochmals: CHF 52.2 Mio. zu bewilligen, in einem Moment, wo die Steuereinnahmen stark zurückgehen, brauchte schon etwas Mut. Es war also die Frage, ob das Glas halb voll oder halb leer ist. Das ist eben immer die Frage, und dann muss man kritisch sein. Diese Kritik aus der FDP sicher berechtigt. Aber es hat dann mit dieser Doppelinitiative doch umgeschlagen in eine Art Bürgerwiderstand gegen alles, was diese Stadt macht. Und ich denke aber jetzt, wir haben die Antworten erhalten, und zwar sehr fundiert. Ich habe ein bisschen hochgerechnet. Es ist eine «Milchbüechli-Rechnung», ich weiss. Und Leute, die an der HSG gewesen sind, werden mir sagen, dass das eine sehr fantasievolle Buchhaltung ist, die ich da führe. Aber es ist ja so: Wenn man die Zahlen zu Frage 1 aus der Antwort des Stadtrats zusammenzählt, kommt man auf die bekannten CHF 52.2 Mio. Das war der Kaufpreis inklusive Garagen und einem Teil der Aussenflächen. Dann kamen die beschriebenen werterhaltenden Massnahmen für Betrieb und Unterhalt in der Höhe von CHF 2.5 Mio. hinzu. Der Brandschutz kommt hinzu, der ein wenig billiger war, als man uns das erklärt hat: CHF 0.8 Mio. Und zum Schluss kommt noch der Ausbau der Liegenschaft hinzu. So kommt man auf CHF 62.1 Mio. Und wenn Sie jetzt beginnen, die Mieten abzuziehen – die Freunde der doppelten Buchhaltung werden da nicht begeistert sein, deshalb der Hinweis auf die «Milchbüechli-Rechnung»: CHF 62.1 Mio. minus CHF 12.5 Mio. – das sind übrigens 71 Mieten zu CHF 176'000.00, der Betrag, den die Stadt von der damaligen Siemens erhalten hat – und minus die Abschreibung der letzten zwei Jahre von CHF 6.2 Mio. ergeben CHF 43.4 Mio. Und wenn Sie

dann wieder hochrechnen, was die Stadt eigentlich heute einnimmt, nämlich die CHF 1'083'999.00, dann kommen Sie dort etwa auf CHF 90'000.00 monatliche Einnahmen der Stadt. Und das wiederum ist ungefähr die Hälfte von dem, was wir von der Siemens gekriegt haben. Aber wir haben die gesamte Verwaltung drin – das ist eigentlich sozusagen der Gewinn. Und nach dem jetzt der Kantonsrat die Abschreibungsänderungen vorgenommen hat, ist es so, dass ab 1. Januar 2021 linear abgeschrieben wird, vorher war es degressiv. Das heisst, wir haben zusätzlich eine grosse Einsparung, die wir jetzt bei den Abschreibungen machen. Wir könnten dann ja mal noch etwas zusätzlich Abschreiben, ausserordentliche Abschreibungen machen. Die CHF 3 Mio. jährlich, die wir bisher abgeschrieben haben in zwei Jahren (letztes Jahr und dieses Jahr) gehen plötzlich runter auf rund einen Drittel oder noch weniger. Dieser Unterschied ist schon frappant und ganz erstaunlich.

Dann haben wir noch ein paar Antworten gekriegt, auf die ich jetzt im Weiteren nicht eingehen werde. Bei der Notstromgruppe hoffen wir natürlich, dass dieses System jetzt klappt – es überzeugt mich zwar nicht. Dann auch die Frage zu den Solaranlagen: Die jährliche Stromproduktion entspricht dem Strombedarf von rund 25 Haushalten. Wenn man am Bahnhof steht und das Gebäude anschaut, sieht man diese Flächen. Das ist ja auch noch ein bisschen Publizität für die Solarenergie. Und wir warten, Herr Stadtrat Urs Raschle, gespannt darauf, was mit unserem Postulat «Solarstrom für alle» passiert. Wir sind gespannt, was es da für Möglichkeiten gibt.

Gut, meine geschätzten Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Ich danke für das Verständnis. Uns, liebe Monika, war ein Nachruf oder besser gesagt ein Rückblick wichtig. Wir haben gefunden, das war ein derartiger Kraftakt in verschiedenen Phasen, dass wir durchaus jetzt noch einmal über die Bücher gehen und die richtigen Antworten rückblickend erhalten. Rückblickend ist es natürlich viel einfacher als damals. In diesem Sinne vielen Dank auch dem Stadtrat für die Beantwortung.

Ergebnis

Ratspräsident Bruno Zimmermann stellt fest, dass der Rat von der Antwort des Stadtrats Kenntnis genommen hat und die Interpellation von der Geschäftskontrolle abgeschrieben wird.

8. Motion der FDP-Fraktion vom 24. Juli 2012: "Folgekosten des Verwaltungsumzugs im Griff behalten"

Es liegt vor:

- Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2565 vom 17. Dezember 2019

Ratspräsident Bruno Zimmermann stellt fest: Das Wort zum Eintreten wird nicht verlangt, damit gilt Eintreten als stillschweigend beschlossen.

Werner Hauser

Ich war einer, der sehr kritisch war, als wir das LG-Gebäude kauften. Und heute schreiben wir Geschichte.

Vorerst möchte ich mich für den Bericht des Stadtrats zur eingereichten FDP-Motion bedanken. Seit der Einreichung der Motion sind bereits wieder acht Jahre vergangen und die Forderungen haben an ihrer Aktualität nichts eingebüsst. Der Umzug der Verwaltung ins ehemalige LG-Gebäude konnte im Sommer 2019 erfolgreich abgeschlossen werden. Rückblickend müssen wir aber feststellen, dass es bezüglich Aussagen, die zum Kauf der Liegenschaft LG 22 geführt hatten, einige grössere Abweichungen gibt.

Wenn ich zurückblende und die Aussage von Dolfi Müller nochmals zitiere, argumentierte er wie folgt: Positiv sei die Tatsache, dass jetzt ohne jegliche Umbauten eingezogen werden könne. Zudem bestehe in den kommenden Jahren kein Sanierungsbedarf. Nur mittelfristig würden bis ins Jahr 2020 Investitionen von rund CHF 660'000.00 nötig sein.

Die jetzigen Zahlen zeigen uns nun aber ein anderes Bild:

- Der Kaufpreis war klar: rund CHF 52.2 Mio.
- Unterhalt und Umbaukosten: über CHF 2.5 Mio.
- Brandschutzkosten: über CHF 800'000.00
- Mieterausbaukosten: CHF 1.7 Mio.
- Umzugskosten der Verwaltung: CHF 4.9 Mio.

Wir haben bis heute also fast CHF 10 Mio. zusätzliche Investitionskosten. Das ist eine grosse Differenz zu CHF 660'000.00.

Der Erwerb der Liegenschaft ein politischer Entscheid war, kann oder darf der Kauf aus kaufmännischer Sicht nicht beurteilt werden.

Die Forderung aus der Motion, dass sämtliche Arbeitsplätze der Verwaltung an den neuen Standort verlegt werden müssen, wurde erfolgreich umgesetzt.

Ob die eingebrachten Argumente stimmen, dass durch eine Zentralisierung der Verwaltung Synergien genutzt und enorm viele Kosten eingespart werden, muss die Zukunft noch zeigen. So sind im Speziellen die Bereiche EDV und Büro-Infrastruktur sowie Gebäudeunterhalt und der Personalbestand erwähnt worden. Der Personalbestand ist nun aber per Saldo um 2.8 Stellen angewachsen und es besteht sicher noch ein Erklärungsbedarf.

Die Forderung, dass die Nutzfläche pro Arbeitsplatz geringer sein soll als in den bisher genutzten Räumlichkeiten, kann mangels Informationen nicht nachvollzogen werden. Grundrisspläne mit entsprechenden Flächenangaben wären hierzu hilfreich gewesen.

Die geforderte Veräusserung von Liegenschaften, die nicht mehr selbst genutzt werden, wurde nicht mehr umgesetzt, da sich die finanzielle Situation der Stadt massiv verbessert hat. Wie wir aber im Bericht entnehmen können, wurde in der Zwischenzeit das ehemalige Stadthaus erfolgreich vermietet.

Die FDP-Fraktion nimmt den Bericht des Stadtrats zur Kenntnis und erachtet die Motion als erledigt. Somit kann die Motion von der Geschäftskontrolle abgeschrieben werden und ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Philip C. Brunner

Monika Mathers hatte natürlich recht mit ihrer Aussage, dass diese FDP-Motion einen Tag nach der Abstimmung im GGR eingereicht worden sei. Am 23. Juli war diese Abstimmung, kurzfristig anberaumt und mitten in den Sommerferien. Von der FDP waren sehr wenige Ratsmitglieder anwesend. Wenn ich mich richtig erinnere, waren zwei oder drei Mitglieder der 10er-Fraktion anwesend, die anderen waren in den Ferien. Dann hat der Fraktionschef zusammen mit Karl Kobelt und Werner Hauser diese Motion eingereicht. Ich glaube, dass ich dieser Motion nachher bei der Überweisung auch zugestimmt habe. Diese Motion war nicht falsch. Man wollte die Parameter etwas schärfen und klären, weil selbstverständlich – und da hast du recht, Werner – war es ein Schnellzugsgeschäft. Das ist in der Politik eigentlich nicht besonders beliebt und nicht gut. Ich habe immer ein bisschen Skepsis, wenn Dinge ganz schnell gehen müssen. Ein anderes Beispiel, dass dann nicht so gut gegangen ist, aber auch unbedingt im Schnellzugstempo durchgebracht werden musste, waren die Pflegebetten in Baar. Das musste unglaublich schnell gehen. Im Dezember mussten wir schon darüber beschliessen, weil im Februar die Volksabstimmung war. Das ist einfach ein Beispiel. Man muss sich die Zeit nehmen und soll auch durchaus kritisch sein.

Was man bei dieser FDP-Motion vor allem sagen muss: Die Umstände waren ja völlig anders. Die Umstände waren völlig anders als heute, insbesondere die finanzielle Situation der Stadt. Aber auch andere Parameter wie die Weltwirtschaft usw. waren viel schlechter. Es waren die ersten Jahre, in denen die Finanzkrise auch in der Schweiz so richtig angekommen ist. In diesem Sinne möchte ich die FDP überhaupt nicht kritisieren für ihre Vorbehalte, die sie gemacht hat. Diese Vorbehalte wurden zum Teil – wie vorher gehört – zu recht gemacht. Auch beim Stadtrat wurden gewisse Dinge vielleicht zu optimistisch gesehen, zum Beispiel die Büros. Die Bevölkerung hat Bürogebäude damals anschauen dürfen und man hatte den Eindruck, es sei praktisch perfekt. Das hat sich dann ein bisschen korrigiert.

Wo ich ein wenig ein schlechtes Gefühl habe – das war vor allem auch ein Thema bei uns in der Fraktion –, ist die Geschichte mit dem Trauzimmer. Es wurde damals ganz klar versprochen, und auch wir haben das den Leuten gesagt, das Trauzimmer im alten Stadthaus am Kolinplatz werde erhalten bleiben. Leider ist das jetzt nicht der Fall. Wir bedauern das ausserordentlich. Bei allen positiven Aspekten muss man ehrlicherweise auch diesen Punkt anführen.

Aber insgesamt – und das ist jetzt quasi das Fazit, das ich ziehe – glaube ich, das ist eine gute Sache. Wir haben einen ganz wichtigen Schritt gemacht für die Zukunft dieser Stadt. Nicht nur für die Stadtverwaltung selber, sondern auch für Neuankömmlinge. Wenn man sich heute im Parterre der Gubelstrasse 22 anmeldet, macht das einen ganz anderen Eindruck als früher. Auch die Geschichte mit dem Betriebsamt, das als Pilot diente, wurde bis jetzt nicht erwähnt. Auch dort haben wir mit dem Fischmarkt ebenfalls Mieten eingespart. Ich bin persönlich überzeugt davon, dass sich das finanziell gelohnt hat. Das könnte man jetzt auch aufgrund der Zahlen, die das Finanzdepartement geliefert hat, nachweisen.

Zu den Stellen: Da hat der Stadtrat in der Antwort ein bisschen aufgezeigt, wie das läuft. Ich glaube, man hat sich vielleicht 2012 – ich würde nicht sagen naiverweise, aber vorsichtigerweise – nicht vorstellen können, wie die Entwicklung sein wird. Ich war nicht im Stadtrat, vielleicht kann André Wicki etwas dazu sagen. Dass wir ein solches Wachstum haben und dann natürlich gewisse Stellen dazukommen, ist sauber aufgezeigt. Und wenn ich es richtig im Kopf habe, sind

es heute etwa 2.4 Stellen mehr als damals. Insgesamt können Sie aber im Budget und in der Jahresrechnung sehen – und ich rede jetzt nicht vom Pädagogikbereich, sondern von der reinen Verwaltung –, dass die Stellen stagnieren. Und für diese Entwicklung in einer Stadt wie Zug, mit diesem Wachstum und diesen Zusatzeinnahmen, können wir dem Stadtrat durchaus ein Kompliment machen.

In diesem Sinne nochmals besten Dank für die Beantwortung dieser Motion. Unsere Fraktion wird für die Abschreibung votieren, falls es eine Abstimmung geben sollte.

André Wicki, Stadtrat

Das Jahr 2019 war ein sehr gutes Jahr für die Stadt Zug. Am 3. Juli konnten wir ins L&G-Gebäude einziehen und im August hatten wir das ESAF. Ich glaube, das gibt es nicht so oft. Wenn man zurückschaut: Das ESAF fand letztmals 1961 in Zug statt und von einem Umzug habe ich noch nie etwas gehört. Darauf können wir durchaus alle ein bisschen stolz sein.

Ich möchte eine kurze Chronologie der Ereignisse und einige Zitate anführen.

Kurze Chronologie:

- Am 24. Juli 2012, gab es zwischen 18:00 Uhr und 19:45 Uhr eine ausserordentliche GGR-Sitzung. Das war am 24. Juli, deswegen lautete das Abstimmungsergebnis zum Kauf auch 24 zu 2 Stimmen, bei 3 Enthaltungen.
- Am Samstag, 25. August 2012 war die Besichtigung des L&G-Gebäudes durch die Stadtzuger Bevölkerung. Dort konnte sich die Bevölkerung ein Bild davon machen, wie es aussehen könnte, wenn ...
- Zudem gab es die Podiumsdiskussion vom 20. August im Theater Casino.
- Schlussendlich am 9. September die Volksabstimmung mit 56 % Ja, sprich 4'343 Stimmen gegen 3'428 Stimmen.

Lassen Sie mich vier Zitate von der Medienmitteilung der Podiumsdiskussion vom 20. August von drei Mitgliedern des GGR und vom damaligen Stadtpräsidenten Dolfi Müller ausführen:

Für Philip C. Brunner, Präsident der Geschäftsprüfungskommission, war die Arbeit des Stadtrats in diesem Geschäft hervorragend: «Die Zusammenarbeit zwischen Stadtrat, Kommissionen und Parlament hat bestens funktioniert. Ich kann Ihnen versichern, dass wir das Geschäft ganz seriös geprüft haben», so Brunner. Für Brunner ist es eine Verschleuderung von Steuergeldern, wenn der Kauf nicht getätigt wird.

Für Urs Bertschi, Präsident der Bau- und Planungskommission, besticht das Gebäude durch seine gute Lage, die durch den Stadttunnel in den nächsten Jahren zusätzlich aufgewertet wird. – Wir haben beide stark dafür gekämpft, Urs, es wollte nicht sein. Das eine haben wir, das andere nicht. – Zitat von Urs Bertschi: «Die Siemens hat das Gebäude perfekt à jour gehalten. Wenn ich persönlich das Geld hätte, würde ich es sofort in das Gebäude investieren.»

Othmar Keiser, CVP, sieht kein Problem in der Fremdfinanzierung – er war in der GPK. «Das Haus ist selbsttragend, von Beginn an können die Kosten amortisiert werden. Im besten Fall ‚wohnt‘ die Stadtverwaltung dort gratis.» Es seien daher auch keine Steuererhöhungen zu befürchten. Die Nachnutzung müsse aber auf jeden Fall definiert werden.

Zitat des damaligen Stadtpräsident Dolfi Müller: «Diese Chance müssen wir packen. Wenn wir nichts gemacht hätten, wären wir die Schlafmützen der Nation gewesen [André Wicki ergänzt: oder zumindest des Kantons]. Es war beeindruckend, wie der Grosse Gemeinderat und die Kommissionen das Geschäft unterstützt haben. Ein Neubau auf der grünen Wiese wäre viel teurer.»

Ja, meine Damen und Herren, nun sind die siebeneinhalb Jahre um. Mit dem Umzug alleine ist es natürlich nicht getan. Wir haben aber mit dem Umzug die besten Voraussetzungen gesetzt, dass wir alle zusammen sind und noch effizienter zu werden können. Es gibt Herausforderungen für die Stadt Zug, vielleicht nicht morgen und übermorgen, ich denke da mittel- und langfristig. Lassen Sie uns diese Herausforderungen gemeinsam annehmen.

Ich möchte im Namen des Gesamtstadtrats dem damaligen und natürlich auch dem heutigen GGR für die Unterstützung danken, dass wir jetzt dort sind, wo wir heute sind.

Ergebnis

Ratspräsident Bruno Zimmermann stellt fest, dass der Rat den Bericht des Stadtrats zur Kenntnis nimmt und die Motion als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben wird.

9. Mitteilungen

Ratspräsident Bruno Zimmermann teilt mit:

Die Sitzung vom 25. Februar 2020 findet nicht statt.

Die nächste Sitzung des GGR findet statt:

Dienstag, 17. März 2020, 17:00 Uhr

Für das Protokoll

Martin Würmli, Stadtschreiber



Beilage:

1. Abstimmungsergebnisse: Protokoll der Sitzung vom 21. Januar 2020
2. Abstimmungsergebnisse: Zusammenfassung
3. Präsenzliste